Chapter 8 Friedenssicherung und Ordnungspflege

Kapitelüberblick
Die Rolle der Polizei
Die Polizei rufen
Öffentliche Erwartungen
Reaktion der Polizei
Verkehrsüberwachung
Crackdowns bei betrunkenem Fahren
Polizeiliche Streitigkeiten im Inland
Definition unserer Bedingungen
Die Prävalenz häuslicher Gewalt
Die Polizei rufen
Reaktion der Polizei auf häusliche Unruhen
Faktoren, die die Festnahmeentscheidung beeinflussen
Eine Revolution in der Politik: Zwangsverhaftungen
Die Auswirkungen von Festnahmen auf häusliche Gewalt Auswirkungen von obligatorischen Festnahmegesetzen und -richtlinien Andere Gesetze und Richtlinien
Die Zukunft der Politik der häuslichen Gewalt
Polizei-Vize
Prostitution
Obdachlose überwachen
Policing the Mental III
Reaktion der Polizei auf die Mental III
Alte Probleme/Neue Programme
Polizei für Menschen mit AIDS
Polizeiliche Jugend
Kontroverse um die Polizeirolle
Spezialisierte Jugendabteilungen Begegnungen auf der Straße Das Problem von Programmen zur Prävention von Straftaten gegen Rassendiskriminierung
Zusammenfassung der Fallstudie Schlüsselbegriffe
Zur Diskussion
Internet-Übungen

Die meiste Arbeit der Polizei umfasst eher Friedenssicherung und Ordnungspflege als Verbrechensbekämpfung. Die Leute rufen die Polizei wegen einer unendlichen Reihe von Problemen: Streit, Streit und häuslicher Streit; medizinische Notfälle, einschließlich Todesfälle, Selbstmorde und Verletzungen; Hilfe für abhängige Personen, einschließlich Betrunkener, vermisster Personen und jugendlicher Ausreißer; öffentliche Belästigungen, einschließlich Lärm, Hausfriedensbruch und verdächtige Personen. Anlage 7-6 im vorherigen Kapitel (S. 213) enthält die

PSS-Daten über die Häufigkeit dieser verschiedenen Servicerufe. In vielen Situationen der Ordnungspflege sind sogenannte „besondere Bevölkerungsgruppen“ betroffen: psychisch Kranke, Jugendliche und Obdachlose.1

In diesem Kapitel werden die friedenserhaltenden und ordnungserhaltenden Tätigkeiten der Polizei untersucht. Er widmet mehreren spezifischen Situationen, die häufig auftreten, besondere Aufmerksamkeit und untersucht die verschiedenen Reaktionen der Polizei darauf.

Die Rolle der Polizei

Anrufe zur Auftragswartung werfen wichtige Fragen zur Rolle der Polizei auf. Wie wir in Kapitel 1 besprochen haben, betrachten einige Leute die Polizei als Verbrechensbekämpfer und denken, dass die Anrufe ohne Kriminalität unwichtig sind. Viele Polizisten vertreten diese Sichtweise und betrachten Anrufe zur Ordnungspflege als „Müll“, „Sozialarbeit“ oder „Bullshit“.2 Dieser Konflikt zwischen dem, was die Polizei tatsächlich tut, und dem, was sie schätzen, führt zu Rollenkonflikten.

Einige Leute glauben inzwischen, dass Anrufe ohne Kriminalität wichtig sind, aber vor allem, weil sie zu einer effektiven Verbrechensbekämpfung beitragen. Stephen Mastrofski identifiziert vier verschiedene Möglichkeiten, wie kriminelle Dienstaufrufe zur Verbesserung der polizeilichen Effektivität bei der Kriminalitätsbekämpfung beitragen können: (1) Das kriminalpräventive Modell geht davon aus, dass polizeiliche Intervention potenziell gewalttätige Situationen entschärfen und ihre Eskalation zu krimineller Gewalt verhindern kann; (2) das polizeiliche Wissensmodell besagt, dass nicht kriminelle Anrufe den Beamten einen breiteren Zugang zur Gemeinschaft verschaffen, mit dem Ergebnis, dass sie mehr Wissen haben, das ihnen bei der Aufklärung von Verbrechen hilft; (3) das Modell der Sozialen Arbeit geht davon aus, dass die latente Zwangsgewalt der Polizei dazu beitragen kann, potenzielle Gesetzesbrecher zu gesetzestreuem Verhalten zu lenken; (4) Das Modell der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit besagt, dass wirksame Reaktionen auf nicht kriminelle Anrufe der Polizei helfen können, in der Öffentlichkeit mehr Glaubwürdigkeit zu erlangen.3

Alle diese Modelle gehen jedoch davon aus, dass die Kriminalitätsbekämpfung der zentrale Teil der polizeilichen Rolle ist und ihr nicht kriminelle Anrufe untergeordnet sind. Die meisten Polizeiexperten argumentieren heute jedoch, dass die Aufrechterhaltung der Ordnung mindestens genauso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger ist wie die Verbrechensbekämpfung.4 Es ist eine legitime Aufgabe der Polizei, Probleme zu lösen, von denen die Leute glauben, dass sie existieren. Eine geordnete und friedliche Gesellschaft ist eine bessere Gesellschaft. Wenn die Polizei auf diese Probleme nicht reagierte, musste ein anderer es tun. Gemeindepolizei, problemorientierte Polizeiarbeit und Null-Toleranz-Polizeiarbeit (siehe Kapitel 10) basieren auf der Idee, dass sich die Polizei auf Gemeindeprobleme konzentrieren sollte, die nicht alle mit Kriminalität zusammenhängen.5

Die Polizei rufen

Öffentliche Erwartungen

In einer klassischen Analyse beschreibt Egon Bittner Polizeiarbeit als Situationen, in denen „etwas-das-nicht-sein-sollte-und-worüber-jemand-jemand-jetzt-etwas-besser-tun-mußte!“6 Kurz gesagt, ein Bürger glaubt, dass es ein Problem gibt und möchte, dass etwas dagegen unternommen wird. Die moderne Kommunikationstechnologie der Polizei hat diese Erwartung gefördert, indem sie die

Möglichkeit geschaffen hat, dass jemand auf Probleme reagieren kann (siehe Kapitel 2). Die Polizei ermutigte die Leute, anzurufen, und im Laufe der Zeit wurden die Leute dazu gebracht, „die Polizei zu rufen“.7

Bürger haben unterschiedliche Gründe, die Polizei in nicht kriminellen Situationen zu rufen. John C. Meyer identifizierte vier spezifische Erwartungen.8

1. Um eine soziale Grenze aufrechtzuerhalten. Die Leute wollen oft, dass die Polizei jemanden entfernt, von dem sie glauben, dass er nicht dorthin gehört. Das Opfer häuslicher Gewalt kann beispielsweise die Polizei rufen, um den Täter zu entfernen. Hausbesitzer möchten möglicherweise, dass die Polizei eine Gruppe von Teenagern vor ihren Häusern vertreibt. In vielen dieser Situationen ist kein wirkliches Verbrechen aufgetreten: Es ist kein Verbrechen, sich friedlich auf der Straße zu versammeln. Als Reaktion darauf bitten Polizisten oft darum, schlagen vor oder befehlen den Leuten, zu gehen. Menschen kommen solchen Aufforderungen weitgehend nach, auch wenn sie gesetzlich nicht dazu verpflichtet sind.
   2. Unangenehme Situationen zu lindern. In vielen Situationen ruft jemand wegen Lärm, Streit, Familienproblemen oder Streit mit Nachbarn die Polizei. Die Aufgabe der Polizei besteht darin, die Ordnung wiederherzustellen und den Frieden zu wahren.
   3. Gegenstanzen. Bei einigen Streitigkeiten ruft jemand wegen einer anderen Person die Polizei an, um die Aufmerksamkeit von seinem eigenen Verhalten abzulenken.
   4. Um einen Notdienst zu erhalten. Menschen rufen häufig die Polizei für Notdienste: vermisste Kinder, medizinische Krisen, Selbstmordversuche, Aussperren aus dem Auto oder zu Hause und so weiter.

Reaktion der Polizei

Polizeibeamte üben große Diskretion im Umgang mit nicht kriminellen Vorfällen aus. Typischerweise gehen sie informell mit Situationen um und ergreifen keine offiziellen Maßnahmen (z. B. Festnahme). Informelle Antworten umfassen eine Vielzahl von verbalen und nonverbalen Taktiken. In ihrer wegweisenden Studie über New Yorker Polizeibeamte identifizierten Bayley und Garofalo 20 verschiedene Taktiken, die Beamte im Umgang mit Situationen anwenden (Anlage 8-1).9 Die Autoren verglichen eine Gruppe experimenteller Beamter (ESO) mit einer Gruppe von Vergleichspersonen Offiziere (CSO). Die ESOs wurden von anderen Offizieren der Abteilung als besonders kompetent im Umgang mit Konflikten nominiert, und die CSOs waren andere Offiziere, die nach dem Zufallsprinzip für die Studie ausgewählt wurden.

Einige Offiziere sind aktiver als andere. Bayley und Garofalo stellten fest, dass die passiven Offiziere nichts weiter taten, als zu beobachten und sich Notizen zu machen. Die aktiveren Beamten übernahmen die Kontrolle über die Situation, indem sie Fragen stellten, Ratschläge oder Informationen gaben oder die beteiligten Personen warnten. Einige Beamte akzeptierten die Situationsdefinition des Beschwerdeführers, andere lehnten sie ab.

Die Bürger kommen in der Regel bestimmten polizeilichen Aufforderungen nach. Mastrofski, Snipes und Supina stellten fest, dass die Bürger in 80 Prozent aller Begegnungen polizeilichen Aufforderungen nachkommen. Zu diesen Vorfällen gehören Aufforderungen, andere Menschen in Ruhe zu lassen, sich zu beruhigen und aufzuhören, eine Störung zu verursachen, illegales

Verhalten zu beenden und andere verschiedene Aufforderungen. Die Befolgung variierte mit der Art der Situation, dem Verhalten des Beamten und dem Zustand des Bürgers. Je ernster die Lage ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Bürger daran halten. Es ist auch weniger wahrscheinlich, dass sie Beamte befolgen, die die Situation mit einem hohen Maß an Autorität angehen und/oder die respektlos sind, und weniger wahrscheinlich in Situationen, die sich an privaten als an öffentlichen Orten ereignen.10

Verkehrsüberwachung

Die Verkehrsüberwachung ist vielleicht die häufigste Art der Ordnungspflege, die von der Polizei durchgeführt wird. Während von Bürgern initiierte Servicerufe stark an einen relativ kleinen Teil einer Gemeinde gerichtet sind, fahren praktisch alle erwachsenen Bürger Autos, und geringfügige Verstöße gegen die Verkehrsgesetze sind üblich. Zum

Beispielsweise werden jedes Jahr etwa 9 Prozent der lizenzierten Fahrer von der Polizei angehalten (siehe Abbildung 8-2). Ungefähr die Hälfte dieser Stopps ist wegen Geschwindigkeitsüberschreitung.11

Verkehrskontrollen sind die Quelle geringer, aber erheblicher Reibungen zwischen der Polizei und der Öffentlichkeit. Zum Zeitpunkt der Haltestelle ärgern sich die Bürger, dass sie angehalten, zur Vorlage eines Ausweises aufgefordert und ein Ticket ausgestellt wurden. Wegen des Ressentiments der Bürger zum Zeitpunkt des Stopps empfinden die Polizeibeamten die Verkehrsüberwachung im Allgemeinen als eine unangenehme Aufgabe. Untersuchungen legen jedoch nahe, dass die Öffentlichkeit, nachdem sie angehalten wurde, versteht, warum sie angehalten werden. Etwa 84 Prozent der von der Polizei angehaltenen Personen glaubten, dass sie aus einem legitimen Grund angehalten wurden – wobei Frauen und Weiße am häufigsten glauben, dass sie aus einem legitimen Grund angehalten wurden (Abbildung 8-3).12

Verkehrskontrollen sind auch eine der gefährlichsten Aufgaben der Polizei in Bezug auf getötete oder verletzte Polizisten, da an einigen Haltestellen bewaffnete und gefährliche Kriminelle beteiligt sind. Lichtenburg und Smith berichteten, dass sich seit 1988 etwa 13 Prozent der Polizeitoten bei routinemäßigen Verkehrskontrollen ereigneten. Im gleichen Zeitraum wurden 9,4 Prozent der Übergriffe auf die Polizei bei Verkehrskontrollen verübt.13

Die Durchsetzung von Verkehrsrechtsverstößen ist von Abteilung zu Abteilung sehr unterschiedlich. In Glendale, Arizona, stellen Polizisten beispielsweise 50 Prozent mehr Fahrkarten aus als Beamte in Scottsdale, Arizona, obwohl beide Städte ungefähr gleich groß sind und sich in derselben Metropolregion befinden.14 James Q. Wilson fand ähnliche Verkehrsschwankungen Strafverfolgung in seiner historischen Studie über Polizeiorganisationen.15



Verkehrsdurchsetzungsrichtlinien sind im Allgemeinen das Ergebnis formeller oder informeller Abteilungsrichtlinien. In einigen Fällen erfordert der Druck der Gemeinschaft eine energische Durchsetzung. In anderen Fällen ist es die Entscheidung des obersten Polizeibeamten. Einige Abteilungen haben formelle oder informelle Quoten für Strafzettel für Beamte.16

Polizeidienststellen beteiligen sich gelegentlich an öffentlichkeitswirksamen Razzien bei der Verkehrsüberwachung. Es gibt gemischte Beweise dafür, ob solche Bemühungen Verkehrsunfälle oder andere Straftaten wirksam reduzieren. In Dayton, Ohio, hat die Polizei beispielsweise die Durchsetzung in einem stark frequentierten Bezirk über einen Zeitraum von sechs Monaten intensiviert. Die Beamten wurden angewiesen, viele Strafzettel zu schreiben und häufige und gut sichtbare Verkehrskontrollen einzulegen. Dieser spezielle Bezirk wurde mit einem anderen vergleichbaren Bezirk verglichen, in dem es in Bezug auf Kriminalität, Festnahmen und Verkehrsunfälle keine Razzien gab; Die Abteilung stellte fest, dass die Razzia keine nennenswerten Auswirkungen auf diese Bereiche hatte.17

Es gibt drei mögliche Gründe, warum die Razzia keine Wirkung hatte. Erstens ist es möglich, dass kein Zusammenhang zwischen Durchsetzungsbemühungen und Verbrechen besteht. Das heißt, eine verstärkte Durchsetzung hat keine abschreckende Wirkung. Zweitens ist es möglich, dass das erhöhte Maß an Durchsetzung zu gering war, um einen Unterschied zu machen. (Das gleiche Problem trat im Zusammenhang mit dem Patrouillenexperiment in Kansas City auf.) Drittens ist es möglich, dass ein gewisser Effekt aufgetreten ist, aber dass die bei der Auswertung verwendeten Methoden nicht genügend statistische Aussagekraft haben, um ihn zu erkennen.18 Ähnliche Probleme treten in anderen Studien zum Polizeirecht auf Vollstreckungsprogramme.

Crackdowns bei betrunkenem Fahren

In den 1980er Jahren führte die öffentliche Besorgnis zu einem nationalen Kreuzzug gegen das Fahren unter Alkoholeinfluss. Die meisten Bundesstaaten erhöhten die Strafen für Trunkenheit am Steuer, Bundesvorschriften zwangen die Bundesstaaten, das gesetzliche Mindestalter für Alkoholkonsum auf 21,19 Jahre anzuheben, und die lokalen Polizeibehörden intensivierten die Durchsetzungsbemühungen. Zu den Razzien bei Trunkenheit am Steuer gehörten Taktiken wie zufällige Stopps von Fahrern und Straßensperren, um alle Fahrer zu stoppen. Die Ziele waren, tatsächliche betrunkene Fahrer zu fassen und potenzielle betrunkene Fahrer abzuschrecken.

Es gibt erhebliche Debatten darüber, ob die Durchsetzungsmaßnahmen die Trunkenheit am Steuer reduzieren. Auswertungen von Razzien in England und Skandinavien ergaben einen kurzfristigen Rückgang der Verkehrstoten, gefolgt von einer Rückkehr zu früheren Niveaus.20 Mehrere Faktoren scheinen zu diesem Phänomen beizutragen. Die Publizität im Zusammenhang mit harten Durchsetzungsbemühungen kann zu Verhaltensänderungen führen: Menschen trinken weniger oder bitten jemanden, sie nach Hause zu fahren, oder ein Freund hält sie vom Fahren ab. Mit dem Nachlassen der Publicity rund um das Durchgreifen kehren die Menschen jedoch zu ihren früheren Verhaltensmustern zurück und die Zahl der Todesfälle durch Trunkenheit am Steuer nimmt zu.

Das tatsächliche Risiko einer Festnahme wegen Trunkenheit am Steuer ist äußerst gering. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Polizist einen betrunkenen Fahrer entdeckt, wird durch mehrere Faktoren begrenzt. Erstens ist ein sehr kleiner Prozentsatz aller Fahrer betrunken: Schätzungsweise 5 Prozent aller Fahrer an einem durchschnittlichen Abend, mit einem höheren Prozentsatz an Wochenenden. Zweitens sind im Verhältnis zur Anzahl der Autos auf den Straßen relativ wenige Polizeibeamte zu einem bestimmten Zeitpunkt im Einsatz. Drittens weisen nicht alle Fahrer, die tatsächlich betrunken sind, eine Fahrstörung auf.21

Jede Festnahme reduziert unterdessen die Wahrscheinlichkeit, andere betrunkene Fahrer zu erwischen, stark. Eine Festnahme ist ein äußerst zeitaufwendiges Ereignis, an dem ein oder mehrere Beamte zwischen einer und vier Stunden beteiligt sind. Für die Dauer ist jeder Beamte außer Dienst, nicht in der Lage, weitere Festnahmen vorzunehmen oder betrunkene Fahrten durch Patrouille zu verhindern. Schließlich sind Razzien schwer aufrechtzuerhalten. Polizisten kehren wie Trinker in ihre normale Routine zurück und reduzieren ihre Festnahmeaktivitäten.

Die Rate der alkoholbedingten Verkehrstoten (basierend auf der Zahl der zugelassenen Fahrzeuge und/oder Fahrer) ist seit den 1920er Jahren stetig zurückgegangen (siehe Abbildung 8-4 für eine Zusammenfassung der Jahre 1982-2004). Experten gehen davon aus, dass mehrere Faktoren zu diesem Trend beigetragen haben: sicherere Autos, bessere Straßen- und Verkehrssicherheitsmaßnahmen, Sicherheitsgurte, Airbags und zuletzt die Erhöhung des gesetzlichen Alkoholalters. Die strengen Programme zur Durchsetzung von Trunkenheit am Steuer haben bestenfalls etwas zu diesem Trend beigetragen, sind aber nur ein Teil einer größeren sozialen Kontrolle.22

Polizeiliche Streitigkeiten im Inland

Inländische Streitigkeiten sind eine wichtige Auftragserhaltungssituation. In den PSS-Daten machten Vorfälle im Inland 4,5 Prozent aller Anrufe aus (siehe Anlage 7-6).23 Die Reaktion der Polizei auf Vorfälle im Inland war in den letzten 25 Jahren sehr umstritten. Eine Revolution in der öffentlichen Einstellung zu häuslicher Gewalt hat zu neuen Gesetzen und Richtlinien geführt, darunter verschärfte strafrechtliche Sanktionen, die Entwicklung von Behandlungsprogrammen für Schläger und Änderungen der Richtlinien der Polizeibehörden.24

Definition unserer Bedingungen

Es herrscht viel Verwirrung über die Reaktion der Polizei auf häusliche Vorfälle, zum Teil, weil viele Menschen nicht zwischen Streitigkeiten und gewalttätigen Vorfällen unterscheiden. Die Polizei behandelt viele Situationen, die als Störung bezeichnet werden. Dazu gehören Kneipenkämpfe, Streitigkeiten zwischen Nachbarn und viele andere Arten von Problemen. Eine häusliche Störung ist eine Störung, bei der zwei oder mehr Personen eine intime Beziehung eingehen. Dazu gehören verheiratete oder geschiedene Paare, zusammenlebende Liebespaare oder Personen, die ein erstes Date haben. Es umfasst Probleme zwischen Erwachsenen und ihren Kindern oder zwischen Erwachsenen und ihren älteren Eltern. Dazu gehören auch gleichgeschlechtliche Beziehungen. Nur einige davon – schätzungsweise 33 Prozent – beinhalten irgendeine Form von Gewalt.25 Die Gewalt ist normalerweise ein Angriff.

Die Prävalenz häuslicher Gewalt

Die National Crime Victimization Survey (NCVS) schätzt, dass im Jahr 2004 578.350 nichttödliche Gewaltverbrechen gegen Personen von ihren Ehepartnern, Ex-Ehepartnern, Freunden oder Freundinnen begangen wurden.26 Murray Straus und Richard Gelles, die beiden führenden Experten auf diesem Gebiet, haben eine Reihe nationaler Erhebungen zu häuslicher Gewalt. Sie schätzen, dass etwa 13 Prozent aller Ehefrauen irgendeine Form von häuslicher Gewalt erlebt haben und ein Drittel von ihnen schwere Gewalt erlebt hat.27

Das Bureau of Justice Statistics berichtete, dass im Jahr 2004 21 Prozent aller gewalttätigen Vorfälle gegen Frauen Gewalt in Partnerschaften ausmachten. Forscher haben berichtet, dass die

Gewalt in der Partnerschaft zwischen 1993 und 2004 erheblich zurückgegangen ist. Insbesondere haben sie berichtet, dass die Gewalt in der Partnerschaft gegen Frauen in diesem Zeitraum um mehr als 50 Prozent zurückgegangen ist, wobei 1993 1,1 Millionen Frauen schikaniert wurden, verglichen mit 466.600 in600 2004. Auch die Viktimisierungsrate von Frauen ging in diesem Zeitraum zurück, von 9,8 pro 1.000 viktimisierte Frauen auf 3,8 pro 1.000 viktimisierte Frauen.28

Die Polizei rufen

Viele Opfer häuslicher Gewalt rufen nicht die Polizei. NCVS-Daten zeigen, dass weibliche Opfer nur in etwa 50 Prozent der Fälle die Polizei riefen.29 Die Meldung häuslicher Gewalt variiert je nach Status des Opfers. Geringverdiener rufen am häufigsten die Polizei an. In der Omaha-Studie zu häuslicher Gewalt waren zum Zeitpunkt des Polizeiaufrufs 50 Prozent der Opfer und 31 Prozent der Tatverdächtigen arbeitslos. Nur 7,4 Prozent aller Anrufe bei der Polizei kamen aus der westlichen Hälfte der Stadt, zu der auch die Wohnviertel der mittleren und oberen Mittelschicht gehören.30 Die NCVS-Umfrage ergab, dass nichtweiße weibliche Opfer etwa 34 Prozent häufiger die Polizei anrufen Polizei als weiße weibliche Opfer.31

Frauen aus der Mittelschicht wenden sich eher an private Quellen: einen Freund, ein Familienmitglied, einen Religionsberater oder einen Sozialarbeiter. Es ist ihnen auch eher peinlich, die Polizei zu rufen und sich Sorgen darüber zu machen, was Nachbarn oder Freunde denken könnten. Schließlich ist die Frau mit mittlerem Einkommen mit größerer Wahrscheinlichkeit von ihrem Ehepartner abhängig (insbesondere wenn sie Hausfrau ist und er die einzige Einkommensquelle ist). Frauen mit niedrigem Einkommen haben eher eine relativ größere wirtschaftliche Gleichstellung mit ihrem Ehemann oder männlichen Freund.32

Es gibt mehrere Gründe, warum Opfer häuslicher Gewalt nicht die Polizei rufen. Laut NCVS-Daten melden nur etwa 28 Prozent der Opfer den Vorfall der Polizei (siehe Anlage 8-5). Die meisten riefen nicht die Polizei, weil sie es entweder als Privatangelegenheit oder als trivial betrachteten. Ungefähr 4 Prozent riefen die Polizei nicht an, weil sie dachten, es sei der Polizei nicht wichtig, 3,4 Prozent riefen nicht an, weil sie Repressalien befürchteten und 2,9 Prozent riefen nicht an, um den Täter zu schützen.33

Häusliche Gewalt ist auf bestimmte Familien konzentriert und in den meisten Familien nicht vorhanden. Folglich kommen wiederholte Anrufe an dieselbe Adresse häufig vor. In der Omaha-Studie waren 65 Prozent der Verdächtigen zuvor wegen einer Straftat festgenommen worden; 11 Prozent waren wegen einer früheren Straftat gegen das Opfer festgenommen worden; und 3 Prozent waren in der Vergangenheit wegen einer Straftat gegen das Opfer festgenommen worden sechs Monate.34 Gelles und Straus fanden heraus, dass das durchschnittliche weibliche Opfer dreimal im Jahr geschlagen wurde.35

Reaktion der Polizei auf häusliche Unruhen

Polizeibeamte üben im Umgang mit häuslichen Störungen große Diskretion aus. Die alternativen Antworten umfassen (1) Verhaftung, (2) Mediation, (3) Trennung der Parteien, (4) Überweisung an ein Sozialamt oder (5) überhaupt keine Maßnahmen.

Festnahme ist nicht die häufigste Reaktion. Wie die Studie von Mastrofski, Snipes und Supina über Polizeibegegnungen (einschließlich aller Arten von Situationen) ergab, fordern Polizisten eine

Person oft auf, illegales Verhalten einzustellen, anstatt eine Verhaftung vorzunehmen.36 Studien haben eine Verhaftungsrate von bis zu 40 Prozent festgestellt aller Vorfälle auf ein Tief von etwa 12 Prozent. (Einige Studien haben jedoch nicht unterschieden zwischen

Gefahr für die Polizei bei häuslichen Störungen

Es gibt erhebliche Kontroversen darüber, inwieweit häusliche Störungsrufe eine Gefahr für Polizeibeamte darstellen. Joel Garner und Elizabeth Clemmers Analyse der FBI-Daten über getötete oder angegriffene Polizisten ergab, dass Anrufe wegen häuslicher Störungen in Bezug auf getötete Polizisten sehr niedrig waren. Raub und Einbruch waren immer die gefährlichsten Vorfälle. In Bezug auf Angriffe auf Beamte gab es gemischte Beweise. Einige Daten weisen darauf hin, dass Hausrufe die gefährlichsten Situationen sind, während andere darauf hinweisen, dass sie an dritter oder niedrigerer Stelle stehen.1 Uchida, Brooks und Köpers analysierten die Übergriffs- und Verletzungsraten im Verhältnis zur Häufigkeit von Hausfriedensrufen. Sie fanden heraus, dass „Haushalte ein hohes Gefahrenrisiko für die Polizei darstellen“ und rangieren in einer Analyse an erster und in einer anderen an dritter (von 20).2

Häusliche Störungen sind eher frustrierend als gefährlich. Die Polizei ist häufig in der Lage, den unmittelbaren Streit beizulegen, aber sie kann nichts gegen die zugrunde liegende Ursache unternehmen – Arbeitslosigkeit, Alkohol- oder Drogenmissbrauch oder psychische Probleme. Black stellte fest, dass einige Beamte absichtlich langsam zu einer häuslichen Störung fuhren, in der Hoffnung, dass sich der Streit vor ihrer Ankunft von selbst lösen würde.3

’Joel Garner und Elizabeth Clemmer, Danger to Police in Domestic Disurbanities – A New Look (Washington, DC: Government Printing Office, 1986).

2Craig D. Uchida, Laure Brooks und Christopher S. Köpers, „Danger to Police during Domestic Encounters: Assaults on Baltimore County Police, 1984-1986, Criminal Justice Policy Review 2 (1987), S. 357-71. ’Donald Black, „Dispute Settlement by the Police“, in Black, The Manners and Customs of the Police (New York: Academic Press, 1980), S. 146.

gewalttätige Vorfälle und Unruhen, bei denen kein Gesetz gebrochen wurde und eine Verhaftung keine Option ist.) Die Kentucky-Studie zu häuslicher Gewalt fand Verhaftungen in 41 Prozent aller gewalttätigen Vorfälle, aber die frühere Studie von Donald Black fand Verhaftungen in nur 25 Prozent aller Gewaltverbrechen undfel 20 Prozent aller Gewaltdelikte.37

Mediation umfasst verschiedene Arten von verbalen Antworten: mitfühlendes Reden, unsympathisches oder feindseliges Reden, den Beschwerdeführer fragen, was er tun möchte, die Parteien zum Schweigen auffordern, mit der Verhaftung drohen.

Beamte trennen die Streitparteien oft, indem sie einen von ihnen bitten, das Gelände zu verlassen. Wenn eine Person der rechtmäßige Bewohner des Hauses oder der Wohnung ist, hat die Polizei keinen Rechtsanspruch, sie zum Verlassen zu zwingen. Auch hier kommen die Menschen weitgehend den Aufforderungen der Polizei nach, sie zu verlassen. In der Omaha-Studie zu häuslicher Gewalt verließen praktisch alle Personen das Gebäude, wenn sie dazu aufgefordert wurden; Darüber hinaus blieben die Paare durchschnittlich drei Tage (70 Stunden) getrennt, und 87 Prozent der Opfer gaben an, dass das Eingreifen der Polizei dazu beigetragen hat, ihr Problem zu

lösen.38

Polizeibeamte können auch eine oder mehrere der Streitparteien an soziale Dienste verweisen: Eheberatung, Alkohol- oder Drogenbehandlung oder Prozesskostenhilfe (für Trennungs-, Scheidungs- und andere Rechtsangelegenheiten). Während viele Abteilungen den Beamten eine Liste von Sozialbehörden zur Verfügung stellen, hat ein Polizeibeamter keine rechtliche Befugnis, jemanden zu zwingen, professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Eine Studie ergab, dass sich Beamte nur in 5 Prozent aller Vorfälle für diese Alternative entscheiden.39 Auch ein Polizeibeamter kann keinerlei Maßnahmen ergreifen. Eine Studie, die die Polizei von Boulder County untersuchte, ergab, dass die Polizei in etwa 20 Prozent der Fälle den Tatort verließ, ohne etwas zu unternehmen.40

Faktoren, die die Festnahmeentscheidung beeinflussen

In der Vergangenheit haben mehrere Faktoren Beamte davon abgehalten, in Fällen häuslicher Gewalt Festnahmen vorzunehmen. Erstens betrachten manche Beamte häusliche Gewalt als Privatsache – etwas, das die Familie regeln muss. Zweitens haben viele Beamte die Erfahrung gemacht, dass Festnahmen wegen häuslicher Gewalt oft abgewiesen werden, weil das Opfer sich weigert, den Fall weiter zu verfolgen.

Drittens rufen Opfer häuslicher Gewalt oft die Polizei um Hilfe, bitten sie aber um etwas anderes als eine Festnahme.41 Viertens ist eine Festnahme mit Arbeit verbunden. Der Beamte muss dabei viele Aufgaben erfüllen (den Verdächtigen festnehmen, Berichte schreiben), von denen einige potenziell gefährlich sind. Eine Festnahme erhöht auch die Sichtbarkeit der Arbeit des Beamten und weckt die Aufmerksamkeit anderer Beamter, die sie möglicherweise für unangemessen halten. Nimmt ein Beamter hingegen keine Festnahme vor, bleibt die Situation vor anderen verborgen. Wie in anderen Berufen auch, versuchen Polizisten oft, ihre Arbeitsbelastung zu reduzieren.42 Fünftens haben Polizeidienststellen Festnahmen wegen häuslicher Gewalt (die als Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung gelten) traditionell nicht wertgeschätzt und Festnahmen wegen Mordes, Vergewaltigung, Raubes oder Drogendelikten höher bewertet.

Eine Revolution in der Politik: Zwangsverhaftungen

In den 1970er Jahren begann eine Revolution in der öffentlichen Haltung gegenüber häuslicher Gewalt. Die Frauenbewegung identifizierte den Missbrauch von Ehepartnern als ein großes Problem und forderte Schutz für opferbereite Frauen. In zwei wichtigen Klagen verklagten Frauengruppen in New York City und Oakland die örtlichen Polizeibehörden, weil sie Frauen den gleichen Rechtsschutz verweigert hatten, indem sie es versäumten, Personen festzunehmen, die häusliche Gewalt begangen hatten. Die Klagen führten zu neuen Richtlinien des Ministeriums zum Umgang der Polizei mit häuslicher Gewalt.43 In Bruno v. Codd (1978) stimmte die New Yorker Polizei zu, eine schriftliche Richtlinie anzunehmen, die die Festnahme in Fällen von kriminellen Übergriffen vorschreibt (Anlage 8-6). Die Klage Scott v. Hart (1979) gegen die Polizei von Oakland führte zu einer ähnlichen Politik.44

Obligatorische Festnahmerichtlinien stellen einen der ersten Versuche dar, das Ermessen von Beamten bei Festnahmen zu kontrollieren. Die Strategie, schriftliche Richtlinien zu verwenden, wird als administrative Regelsetzung bezeichnet und wurde auch verwendet, um die Ermessensfreiheit von Beamten bei der Anwendung tödlicher Gewalt, Hochgeschwindigkeitsverfolgungen und

anderen Bereichen der Polizeiarbeit zu kontrollieren.45

Die Auswirkungen von Festnahmen auf häusliche Gewalt

Viele Menschen glauben, dass Verhaftungen künftige häusliche Gewalt abschrecken. Das Minneapolis Domestic Violence Experiment (1981-1982) versuchte, die relative abschreckende Wirkung von Festnahme, Mediation und Trennung bei Vorfällen von häuslicher Gewalt zu bestimmen. Die Fälle wurden nach dem Zufallsprinzip einer der drei Behandlungen zugeordnet. Jeder Beamte trug einen farbcodierten Block mit Berichtsformularen bei sich und behandelte jeden Fall gemäß der im oberen Formular angegebenen Vorgehensweise. Ermittler haben wiederholte Gewalt gemessen

1. Es ist die Politik des Oakland Police Department, Beschwerden über häusliche Gewalt als mutmaßliches kriminelles Verhalten zu behandeln. Im Sinne dieser Anordnung bezieht sich „häusliche Gewalt“ auf beleidigendes oder schädliches körperliches Verhalten eines Ehegatten oder Lebensgefährten oder ehemaligen Ehegatten oder Lebensgefährten gegenüber dem anderen.
2. Die Polizei wird bei Vorfällen von mutmaßlicher häuslicher Gewalt keine Maßnahmen zur Vermeidung von Festnahmen anwenden. Obwohl Beamte Ermessensspielraum walten lassen und gegebenenfalls weniger strafrechtliche Möglichkeiten anwenden (z. B. Zitat, Streitbeilegung, Verweisung, Festnahme eines Bürgers), gilt die Festnahme als die am besten geeignete Reaktion in Fällen von häuslicher Gewalt, bei denen es sich um ein mutmaßliches Verbrechen oder körperliche Gewalt handelt in Anwesenheit eines Beamten, wiederholte Vorfälle oder Verletzung einer einstweiligen Verfügung.
3. Die Richtlinien und Verfahren der Abteilungen in Bezug auf Fälle von häuslicher Gewalt sind im Training Bulletin III – J, HÄUSLICHE GEWALT UND HÄUSLICHE DISPUTES ausführlich beschrieben.

in den nächsten sechs Monaten durch Folgeinterviews mit Opfern und Aufzeichnungen der Polizeidienststelle über Anrufe an dieselbe Adresse.46

Die Minneapolis-Studie ergab, dass Verhaftungen zu geringeren Wiederholungsraten von Gewalt führten als Trennung oder Vermittlung. In 10 Prozent der Festnahmen kam es zu Festnahmen, verglichen mit 19 Prozent der Mediationsvorfälle und 24 Prozent der Trennungsfälle. Das Experiment erhielt beträchtliche nationale Aufmerksamkeit und hatte einen großen Einfluss auf die öffentliche Ordnung. Zwischen 1984 und 1986 stieg der Anteil der Polizeidienststellen in Großstädten mit einer „festnahmebevorzugten“ Politik von 10 auf 46 Prozent.47 Heute haben 99 Prozent aller städtischen Polizeidienststellen eine schriftliche Richtlinie zu innerstaatlichen Streitigkeiten (wenn auch nicht unbedingt eine obligatorische Festnahmerichtlinie .).) und 46 Prozent haben eine spezielle Abteilung für häusliche Gewalt.48

Kritiker haben eine Reihe ernsthafter Fragen zum Minneapolis-Experiment aufgeworfen. Einige Polizeibeamte verletzten die Integrität des Experiments, indem sie die Fälle nicht wie angewiesen behandelten, wodurch die zufällige Zuordnung der Fälle untergraben wurde. Ein sehr kleiner Prozentsatz der teilnehmenden Beamten verursachte die Mehrheit der Festnahmen. Sie hielten sich auch eher an die Regeln des Experiments. Wenn nur ihre Fälle untersucht wurden, verschwand die abschreckende Wirkung.49 Auch unter den Probanden gab es eine große Fluktuation. Nur 62 Prozent der Opfer(205 von 330) konnten für ein Erstinterview gefunden werden, und nur 49 Prozent haben alle 12 Interviews abgeschlossen.

Einige Kritiker argumentieren, dass Sherman, der Leiter des Experiments, die Ergebnisse „vorzeitig und unangemessen veröffentlicht“ habe. Es sei unklug, auf der Grundlage nur einer Studie, die noch nicht repliziert wurde, größere Veränderungen in der öffentlichen Ordnung zu empfehlen.50 Das Fehlen von Replikationen ist ein generelles Problem in der Polizeiforschung. Viele der wichtigsten Experimente, wie das Kansas City Preventative Patrol Experiment (siehe Kapitel 4), wurden überhaupt nicht repliziert. Es ist gefährlich, die öffentliche Ordnung auf ein oder nur eine kleine Anzahl von Experimenten zu stützen.51

Bei Nachbildungen des Minneapolis-Experiments in anderen Städten konnte tatsächlich keine konsequente abschreckende Wirkung der Verhaftung festgestellt werden. In Omaha, Charlotte und Milwaukee wurde keine abschreckende Wirkung für eine Festnahme festgestellt, während in Colorado Springs eine Festnahme zur Abschreckung häuslicher Gewalt festgestellt wurde. Einige der Ergebnisse der Experimente in Omaha, Milwaukee und Colorado Springs waren besonders beunruhigend (siehe Abbildung 8-7). Festnahmen scheinen die Gewalt unter Arbeitslosen im Vergleich zu denen, die beschäftigt waren, zu eskalieren. Diese Daten zeigen deutlich, dass Festnahmen – zumindest aufgrund von häuslicher Gewalt – unterschiedliche Auswirkungen auf verschiedene Arten von Menschen haben.52

Studieren Sie Ihre örtliche Polizei

Haben die wichtigsten Strafverfolgungsbehörden in Ihrer Nähe Richtlinien zu häuslicher Gewalt verfasst? Besorgen Sie sich Kopien dieser Richtlinien und vergleichen Sie sie. Handelt es sich um obligatorische Festnahmen oder bevorzugte Festnahmen? Wie viel Ermessensspielraum lassen sie dem Beamten? Verfügt eine der Agenturen über spezielle Einheiten oder Programme für häusliche Gewalt? Was beinhalten diese Programme?

Auswirkungen obligatorischer Festnahmegesetze und -richtlinien

Die vollen Auswirkungen der obligatorischen Festnahmegesetze und -richtlinien sind noch nicht bekannt. Erstens haben einige Kommentatoren davor gewarnt, dass eine obligatorische Festnahme Anrufe von Personen entmutigen kann, die nur wollen, dass die Polizei die unmittelbare Situation beruhigt. Martin berichtet beispielsweise, dass nach der Einführung eines obligatorischen Festnahmegesetzes in Connecticut bei 33 Prozent aller Polizeikontakte wegen häuslicher Gewalt eine doppelte Festnahme (dh die Festnahme sowohl des Täters als auch des Opfers) vorgenommen wurde. Dementsprechend können Gesetze über obligatorische Festnahmen unbeabsichtigt dazu führen, dass Menschen davon abgehalten werden, die Polizei zu rufen, weil sie befürchten, dass sie selbst festgenommen werden.53 54 Andererseits wirkte sich der traditionelle Ansatz ohne Festnahme vor allem auf arme, afroamerikanische Frauen negativ aus, indem er ihnen den gleichen Rechtsschutz verweigerte.

Andere Gesetze und Richtlinien

Zusätzlich zu den obligatorischen Festnahmerichtlinien haben viele Abteilungen spezielle Schulungen für ihre Beamten im Umgang mit familiären Gewaltsituationen eingeführt. Opferbefragungen ergaben jedoch keine größere Zufriedenheit bei den Opfern, die von speziell ausgebildeten Beamten betreut werden, im Vergleich zu Beamten, die keine besondere Ausbildung erhalten haben.55

Gleichzeitig haben viele Bundesstaaten ihre Gesetze zu häuslicher Gewalt überarbeitet. Zum Beispiel weist das Gesetz von Iowa den Beamten an, den Haupttäter zu identifizieren und zu verhaften. Mindestens acht Bundesstaaten verlangen nun von den Strafverfolgungsbehörden, schriftliche Richtlinien zum Umgang mit häuslicher Gewalt zu entwickeln. Mehrere andere Staaten erweiterten die Festnahmebefugnisse und ermöglichten es der Polizei, im Falle von Übergriffen durch Vergehen, die nicht in ihrer Anwesenheit stattgefunden hatten, festzunehmen.56 Traditionell hatte die Polizei in diesen Situationen keine Festnahmebefugnis. Achtzehn Staaten schreiben vor, dass Polizisten wegen Verstoßes gegen eine Schutzanordnung eine Festnahme vornehmen. Traditionell hatte die Polizei in diesen Situationen nicht die Befugnis, festzunehmen, so dass viele Frauenanwälte Schutzanordnungen als wertlose Papiere betrachteten.57

Die Zukunft der Politik der häuslichen Gewalt

Die Zukunft der Polizeipolitik gegenüber häuslichen Unruhen und häuslicher Gewalt ist unklar. Obligatorische Verhaftungsrichtlinien sind nach wie vor äußerst beliebt, aber die vollen Auswirkungen dieser Richtlinien sind ungewiss. In einem umfassenden Überblick über häusliche Gewalt

Polizeiliche Gewalt in der Familie

Die Reaktion der Polizei auf häusliche Gewalt von Schwulen wird immer mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass 4 Prozent der erwachsenen schwulen Männer Opfer häuslicher Gewalt durch Schwule sind und dass die Raten bei Lesben höher sein könnten. Ein Bericht weist darauf hin, dass Todesfälle durch häusliche Gewalt von Schwulen häufiger sind als Todesfälle durch Schwulen-Bashing. Es gibt jedoch zwei besondere Bedenken im Zusammenhang mit der Anzeige von häuslicher Gewalt von Schwulen bei der Polizei. Der erste ist, dass Täter Homophobie häufig als Mittel zur Kontrolle ihrer Opfer einsetzen, indem sie drohen, das Opfer zu „outen“, wenn sie den Vorfall der Polizei melden. Zweitens zeigen Umfragen, dass schwule Opfer der Polizei eher misstrauen, weil sie befürchten, dass die Polizei den Vorfall nicht ernst nimmt, weil sie schwul sind. Als Reaktion darauf arbeiten viele Polizeibehörden heute hart daran, die Meldung von häuslicher Gewalt an Schwulen durch spezielle Programme und Initiativen zu erhöhen, um die Schwulengemeinschaft zu erreichen.

Quelle: Tod Burke, Stephen Owen und Michael Jordan, „Law Enforcement and Gay Domestic Violence in the United States and Venezuela“, ACJS Today 24, 2 (2001).

schlussfolgert Jeffrey Fagan, dass es „schwache oder widersprüchliche Beweise“ für die abschreckende Wirkung von Festnahme, Strafverfolgung, Schutzanordnungen und Behandlung von Schlägern gibt.58 Lawrence W. Sherman, der das ursprüngliche Experiment in Minneapolis leitete, unterstützt nicht mehr die obligatorische Festnahme insgesamt Situationen.59

Polizei-Vize

Polizeiliche Laster verlangen von den Strafverfolgungsbehörden, Aktivitäten im Zusammenhang mit der öffentlichen Moral zu regulieren, wie Prostitution, Pornografie, Alkoholgesetze und andere sexuell orientierte Geschäfte. Lasterverbrechen stellen besondere Probleme bei der Vollstreckung dar, da es sich bei Verbrechen des Lasters um „opferlose Verbrechen“ handelt, bei denen es keine beschwerdeführende Partei gibt.60 Erstens muss die Polizei selbst Ermittlungen einleiten.

Abhöraktionen, Informanten, verdeckte Ermittlungen und andere verdeckte Ermittlungstechniken werfen eine Reihe schwieriger rechtlicher und moralischer Fragen auf. Zweitens handelt es sich bei opferlosen Verbrechen um ein Verhalten, das viele Menschen als legitim oder zumindest als private Angelegenheit ansehen. Das Ergebnis sind widersprüchliche öffentliche Ansichten darüber, wie energisch die Gesetze durchgesetzt werden sollten. Schließlich werden Straftaten ohne Opfer oft gesetzlich als Ordnungswidrigkeiten definiert. Folglich ist die Durchsetzung oft selektiv, inkonsistent und willkürlich. Viele große Polizeidienststellen im Landkreis haben eine spezialisierte Vize-Einheit. Diese Einheiten setzen in der Regel Gesetze zur Prostitution durch. Im Folgenden diskutieren wir die Natur der Prostitution und die Reaktion der Polizei darauf.

Prostitution

Prostitution ist in vielen Gemeinden im ganzen Land ein weit verbreitetes Problem. Es wird geschätzt, dass es im Land etwa 250.000 Vollzeitprostituierte gibt, die etwa 1,5 Millionen Kunden pro Woche bedienen. Die Bruttoeinnahmen aus der Prostitution werden in den Vereinigten Staaten auf 7,2 bis 9 Milliarden US-Dollar pro Jahr geschätzt.61

Miethe und McCorkle stellen fest, dass es fünf verschiedene Arten von Prostituierten gibt, darunter Straßenwanderer, Bordellprostituierte, Barmädchen, Skeezer und Callgirls.

Streetwalker, auch Hustlers and Hookers genannt, arbeiten auf offener Straße. Diese Prostituierten sind für die Öffentlichkeit und die Polizei am sichtbarsten und stehen am unteren Ende der sozialen und wirtschaftlichen Skala der Prostitution. Viele Straßenwanderer sind arme Frauen aus einer Minderheit, die nur wenige andere Beschäftigungsmöglichkeiten haben.62

Bargirls oder B-Girls arbeiten in der Regel in Zusammenarbeit mit dem Management in Bars oder anderen Unterhaltungseinrichtungen. Manager erhalten typischerweise einen Prozentsatz der Einnahmen der Barmädchen als „Empfehlungsgebühr“ oder verkaufen Barmädchen überteuerte Getränke, die vom Kunden bezahlt werden. Bars in der Nähe von Militärstützpunkten sind ein besonders beliebter Standort für Barmädchen.63

Skeezer sind die neueste Prostituierte, die in den 1980er Jahren mit der Einführung von Crack-Kokain auftauchte. Diese Prostituierten tauschen Sex gegen Crack-Kokain und sind fast immer „Crack-Süchtige“.64 Die Forschung legt nahe, dass diejenigen, die Sex gegen Drogen praktizieren, oft Opfer schwerer Traumata sind und ernsthafte psychische Probleme haben.65

Bordellprostituierte arbeiten typischerweise in großen Einrichtungen, die einer einzelnen Person oder Gruppen von Einzelpersonen gehören. Während es in Nevada nur in wenigen Bezirken legale Bordelle gibt, haben sich Massagesalons und Begleitdienste als neue Front für Prostituierte herausgebildet. Viele illegale Bordelle funktionieren über ein System von Verweisen und informellen sozialen Netzwerken.66

Callgirls repräsentieren das obere Ende der wirtschaftlichen Skala der Prostitution. Sie richten sich an einen wohlhabenderen Kunden und treffen ihre Vorkehrungen in der Regel telefonisch. Da sie nicht auf der Straße sind, sind ihre Aktivitäten weder für die Öffentlichkeit noch für die Polizei sichtbar. Auf Prostitution dieser Art kann die Öffentlichkeit jedoch aufmerksam werden, wenn die Prostituierten in einem Motel oder Apartmentkomplex so arbeiten, dass andere Menschen

bemerken, beleidigt werden und sich beschweren.67

In den meisten Städten konzentrieren die Polizeibehörden ihre Durchsetzungsbemühungen auf die Straßengänger – zum Teil, weil Straßengänger am sichtbarsten sind, aber auch, weil andere Arten von Prostituierten schwerer zu fassen sind. Vor diesem Hintergrund wird in vielen Städten jedoch auch das Begehen von Straßen auf niedriger Ebene von der Polizei toleriert. Es ist normalerweise auf bestimmte Teile des zentralen Geschäftsviertels beschränkt, wo es von der Öffentlichkeit nicht gesehen wird.

Zum Beispiel beschränkt sich die Prostitution in Phoenix, Arizona, hauptsächlich auf einen zwei Meilen langen Streifen einer Hauptverkehrsstraße im Zentrum der Stadt. Die Polizei berichtet, dass die Gegend im Hinblick auf die von den Prostituierten angebotenen Dienstleistungen recht gut organisiert ist. Ein Bereich des Streifens besteht aus weiblichen Prostituierten, ein zweiter Bereich besteht aus männlichen Prostituierten und ein dritter Bereich besteht aus Transvestiten. Historisch gesehen wurde Prostitution von der Gemeinde etwas geduldet, solange sie sich auf diesen Teil der Stadt beschränkt und nicht zu offensichtlich ist.

Als solches ist Streetwalking für den Streifenpolizisten im Wesentlichen ein Problem bei der Aufrechterhaltung der Ordnung, ähnlich wie die Polizeiarbeit in einer Skid Row. Die primären Ziele der Polizei sind (1), den Straßenverkehr auf einen begrenzten Bereich zu beschränken (Eindämmung) und (2) das Ausbrechen verwandter Störungen zu verhindern (Halten Sie den Frieden).68

Prostitution wird oft von einem Nebendelikt begleitet: einer schwereren Straftat, die aus der Prostitution resultiert. „Johns“ kann ausgeraubt oder eine Prostituierte von einem Zuhälter oder Manager angegriffen werden.

Häusliche Gewalt durch Polizeibeamte
A Das Bundesgesetz von 1996 (bekannt als Lautenberg-Änderung) verbietet jedem, der wegen häuslicher Gewalt verurteilt wurde, den Besitz einer Schusswaffe. Das Gesetz hat gravierende Auswirkungen sowohl für die Polizei als auch für das Militär, da der Besitz und der mögliche Gebrauch einer Waffe ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit sind. Die Polizeibehörden haben mit der Reaktion auf dieses Gesetz gerungen.
Das Gesetz stellt mehrere Fragen zur Prüfung:

1. Ist das Gesetz eine gute Sozialpolitik? Ist es angemessen, Personen mit einer Vorgeschichte häuslicher Gewalt die Verwendung von Schusswaffen zu verweigern?
2. Ist es gerecht oder sogar verfassungskonform, ein Gesetz rückwirkend anzuwenden?
3. Soll eine Person mit irgendeiner strafrechtlichen Verurteilung als Polizeibeamter beschäftigt werden?

Festnahmen von Prostituierten haben in der Regel unterschiedliche Motive. Verurteilung und Bestrafung stehen nicht immer im Vordergrund. Viele Festnahmen dienen dazu, das Gehen auf der Straße zu kontrollieren, indem man es entweder auf einen bestimmten Bereich beschränkt oder ganz davon abhält. Verurteilungen erfolgen in der Regel wegen Vergehen, mit einer Geldstrafe von höchstens mehreren hundert Dollar und einigen Wochen oder Monaten im Bezirksgefängnis. Die

Prostituierten selbst betrachten dies als routinemäßige Betriebsausgabe.69

Von Zeit zu Zeit nimmt das Streetwalking bis zu dem Punkt zu, an dem es für die Öffentlichkeit sichtbarer wird. Der daraus resultierende öffentliche Aufschrei führt zu einem Durchgreifen der Polizei: Verhaftungen aller Prostituierten. Wie Razzien im Zusammenhang mit anderen Verbrechen haben sie eine kurzfristige Wirkung, nach der sich die Dinge wieder normalisieren.

Festnahmen durch Prostitution stellen die Polizei vor eine Reihe von rechtlichen Problemen. Am schwierigsten ist das Problem der Einklemmung, die auftritt, wenn der Polizist die Idee der Zahlung für Sex initiiert. Gleiche Schutzprobleme entstehen auch durch die traditionelle Polizeipraxis, nur die Prostituierte (normalerweise weiblich) zu verhaften und den Kunden (normalerweise männlich) zu ignorieren, obwohl sich beide des Verstoßes gegen das Gesetz gegen kommerzialisierten Sex schuldig machen. Schließlich beinhaltet die informelle Praxis, den Straßenverkehr auf einen bestimmten Bereich einer Stadt zu beschränken, eine illegale Form der selektiven Durchsetzung: die Durchsetzung des Gesetzes in einigen Bereichen, in anderen jedoch nicht.70

Obdachlose überwachen

Obdachlose stellen ein weiteres Problem der Ordnungspflege für die Polizei dar. Das Obdachlosenproblem hat in den 1980er Jahren deutlich zugenommen. Die tatsächliche Zahl der Obdachlosen ist umstritten. In der besten Studie zu diesem Thema schätzt Christopher Jencks die Gesamtzahl der Obdachlosen auf etwa 400.000 Menschen (weit weniger als die Zahlen, die von einigen Obdachlosenanwälten verwendet werden, aber mehr als einige Schätzungen der Regierung).71 Die neue obdachlose Bevölkerung umfasst mehr Familien als in den Vergangenheit, darunter mehr Frauen und Kinder. Einige Beobachter glauben auch, dass es aufgrund der Veränderungen in der psychiatrischen Versorgung mehr psychisch Kranke unter den Obdachlosen gibt als in der Vergangenheit. Skid Row in Los Angeles in den 1990er Jahren umfasste eine ausgewiesene „Schlafzone“, eine Fläche von 50 Quadratblöcken, in der Obdachlose auf der Straße schlafen dürfen. Ein Zeitungsbericht fand in einer Nacht eine 69-jährige Großmutter und eine 32-jährige Frau, die mit Zwillingen schwanger war und Mühe hatte, in ihre Pappkartons für die Nacht zu kommen. In der Nachbarschaft leben schätzungsweise 12.000 Menschen, die meisten in Einzimmerhotels, obwohl niemand genau weiß, wie viele Obdachlose auf der Straße schlafen.72

Das Obdachlosenproblem stellt die Polizei vor eine Reihe von Herausforderungen. Obdachlose richten in öffentlichen Parks semipermanente Lager ein, widersetzen sich dem Transport in Obdachlosenunterkünfte und schlafen in einigen Städten in Busbahnhöfen und U-Bahnen. Anwälte für Obdachlose haben Klagen eingereicht, in denen sowohl Polizeimaßnahmen als auch lokale Verordnungen zur Einschränkung der Obdachlosen angefochten werden. Einige, aber nicht alle dieser Anzüge waren erfolgreich.73

Das Police Executive Research Forum (PERF) befragte Polizeidienststellen, um festzustellen, wie sie auf das Problem der Obdachlosen reagierten. Über 70 Prozent der Abteilungen in großen Ballungsräumen gaben an, dass Obdachlose ein großes oder mittleres Problem in der Gemeinde darstellen.74

Die aktuelle Reaktion der Polizei auf das Obdachlosenproblem ist jedoch kaum anders als in der Vergangenheit. Erstens ist es reaktiv, wobei die Polizei auf Servicerufe zu einem Problem mit einem Obdachlosen reagiert. Dies hat zu einer polizeilichen Strategie geführt, die den Schwerpunkt darauf

legt, die Anliegen der Beschwerdeführer anzugehen, anstatt proaktiv für Obdachlose zu arbeiten, um Probleme von vornherein zu verhindern. Zweitens basiert die aktuelle Polizeistrategie auf der Idee der Eindämmung. Die Polizei versucht, das Obdachlosenproblem auf einen Teil einer Gemeinde zu beschränken, um die Unordnung zu minimieren und die Obdachlosen aus der Öffentlichkeit herauszuhalten

Einige Polizeibehörden haben jedoch damit begonnen, proaktive Strategien zu verwenden, um Probleme im Zusammenhang mit Obdachlosen anzugehen. Zum Beispiel setzt die Polizei von Seattle Zivildienstleistende (CSOs) ein, um viele der Obdachlosensituationen zu bewältigen. Ein CSO-Street-Team verweist Obdachlose an Notunterkünfte, Programme zur Behandlung von Alkohol- und Drogenmissbrauch und finanzielle Unterstützungsdienste. Bei extrem kaltem Wetter verteilen CSOs gespendete Kleidung und Schlafsäcke und patrouillieren in Gassen nach Menschen, die durch Exposition in Lebensgefahr geraten sind.76

Policing the Mental III

Psychisch Erkrankte stellen für die Polizei ein weiteres wichtiges Ordnungsproblem dar. Meist wird die Polizei eingeschaltet, weil jemand die Situation als Problem definiert und es keine andere Lösung gibt. Die genaue Häufigkeit von psychischen Erkrankungen ist aufgrund unterschiedlicher Definitionen von psychischen Erkrankungen schwer genau zu bestimmen. Die meisten Studien gehen davon aus, dass 7 bis 10 Prozent der Polizeikontakte psychisch Kranke sind.77 Darüber hinaus sind psychisch Kranke für einen Großteil der Wiederholungseinsätze verantwortlich.78 .

Polizei im Fokus

Naturkatastrophen, Massenflucht und vertriebene Kriminelle in Houston, Texas

Hurrikan Katrina hat Hunderttausende Familien aus Louisiana und Mississippi vertrieben. Bundesbeamte schätzten, dass 600.000 Familien eine alternative Unterkunft finden mussten, weil ihre Häuser entweder vollständig zerstört oder so stark beschädigt waren, dass sie nicht mehr bewohnt werden konnten.1 Dies führte dazu, dass die Opfer des Hurrikans Katrina in Städte in den Vereinigten Staaten evakuiert wurden. Die meisten von ihnen (über 300.000 Menschen) wurden von der FEMA nach Houston, Texas, verlegt.2

Unmittelbar nach dem Hurrikan waren die meisten Beamten nur besorgt, ob sie eine Unterkunft für vertriebene Opfer finden würden. Im Laufe der Zeit begannen jedoch einige Polizeibeamte des Bundes, die Auswirkungen vertriebener Gewalttäter auf die Gemeinden, in die sie gebracht wurden, in Frage zu stellen. New Orleans war historisch gesehen eine der tödlichsten Städte des Landes, und im August 2005 war sie auf dem besten Weg, die Mordhauptstadt der Vereinigten Staaten zu werden. Viele der Vertriebenen stammten aus den ärmsten Gegenden von New Orleans, wo sich die Gewaltkriminalität konzentrierte.3

Es dauerte nicht lange, nachdem die Evakuierten in Houston angekommen waren, als die Polizeibeamten Veränderungen in den Kriminalitätsmustern bemerkten. In Gebieten, in denen Evakuierte untergebracht waren, begannen sich Drogenmärkte zu entwickeln, und die Mordraten in diesen Gebieten stiegen erheblich. In den neun Monaten nach dem Hurrikan berichtete die Polizei von Houston, dass 30 Evakuierte von Katrina Opfer eines Mordes wurden und 33 in ihrer Stadt des Mordes verdächtigt wurden. Allein in einem Monat hat die Polizei von Houston 6,5 Millionen US-Dollar für Überstunden ausgegeben, um auf Tötungsdelikte zu reagieren, bei denen die

Evakuierten des Hurrikans Katrina entweder Opfer oder Verdächtige waren.4

Beamte der Strafverfolgungsbehörden, die mit dem FBI, der Polizei von New Orleans und anderen lokalen Polizeibehörden verbunden sind, haben begonnen, Informationen über die gewalttätigsten chronischen Straftäter auszutauschen, die im ganzen Land vertrieben und umgesiedelt wurden. Unter den Behörden wurde eine Liste mit 112 „bösartigsten Bösewichten“ verbreitet, und bisher konnten die Strafverfolgungsbehörden etwa 80 Personen auf der Liste ausfindig machen. Eine der wichtigsten Lehren aus dem Hurrikan Katrina war, dass die Polizei in Gemeinden, die von Massenflucht betroffen sind, die chronischen Straftäter ihrer Gemeinde identifizieren und diese Informationen an die Gerichtsbarkeiten weitergeben muss, die Vertriebene aufnehmen. Darüber hinaus müssen FEMA-Beamte enger mit der Polizei zusammenarbeiten und ihnen Informationen darüber liefern, wohin sie Vertriebene umgesiedelt haben – etwas, was die FEMA-Beamten in den ersten Monaten aus Sorge um die Privatsphäre nicht tun wollten.5

„Barbara Sard und Douglas Rice, Changes Needed in Katrina Transitional Housing Plan to Meet Families‘ Needs (Washington DC: Center on Budget and Policy Priorities, 13. Oktober 2005).

2 http://www.cnn.com/SPECIALS/2005/katrina/people/, abgerufen am 2. Juni 2006.
3 Amanda Ripley, „What Happened to the Gangs of New Orleans“, Time, 22. Mai 2006, S. 54-61.
4 Ebenda.
5 Ebenda.

Reaktion der Polizei auf psychisch Kranke

Die Polizei kommt auf verschiedene Weise mit psychisch Kranken in Kontakt. Der häufigste Weg ist die Beantwortung von Anrufen von Familienmitgliedern (32 Prozent). Familienmitglieder versuchen oft, Probleme selbst zu lösen, und wenn die Situation unkontrollierbar wird, rufen sie die Polizei. Geschäftsleute und Vermieter, die die Polizei rufen, machen etwa ein Drittel der Fälle aus, in denen Polizeikontakt mit psychisch Kranken besteht. Da psychisch Kranke häufig in und um das Central Business District wohnen, rufen Geschäftsleute oft die Polizei an, um eine psychisch Kranke, die das Geschäft stören könnte, „zu verscheuchen“.79

Typischerweise wird die Polizei zum Tatort gerufen, weil eine psychisch kranke Person als bedrohlich empfunden wird. In einer Studie betraf fast die Hälfte aller Vorfälle, an denen eine psychisch kranke Person beteiligt war, die Person, die irgendeine Art von Waffe hatte. Auch bei etwa 33 Prozent der Polizeikontakte mit psychisch kranken Personen kam es zu Sachschäden.80 Aufgrund der Komplexität des Umgangs mit psychisch kranken Menschen ist oft ein hoher Zeitaufwand erforderlich. Pogrebin stellte fest, dass die durchschnittliche Dauer für die Bearbeitung eines Anrufs zur psychischen Gesundheit 74 Minuten betrug, was deutlich länger ist als bei anderen Anrufen zur Auftragswartung.81

Polizeibeamte üben im Umgang mit psychisch Kranken große Diskretion aus. Die grundlegenden Optionen umfassen (1) Krankenhausaufenthalt, (2) Verhaftung und (3) informelle Disposition. Eine Studie ergab, dass 75 Prozent der Kontakte zwischen der Polizei und psychisch Kranken auf informelle Weise abgewickelt werden. Dies beinhaltet typischerweise, dass der Offizier informelle Taktiken anwendet, um eine Person zu beruhigen. Einige haben diese Praxis als „psychiatrische Erste Hilfe“ bezeichnet.82

Wenn die Situation nicht informell gehandhabt werden kann, muss der Beamte eine Person mit einer psychischen Erkrankung möglicherweise in ein Krankenhaus oder Gefängnis bringen. Bei der Entscheidung, ob eine Person ins Krankenhaus eingeliefert oder verhaftet werden soll, spielen eine Reihe von Faktoren eine Rolle. Zu diesen Faktoren gehören die Schwere der Straftat, die Ausbildung der Beamten, Alkohol- oder Drogenvergiftung und die Gemütsverfassung des Täters.83 In Gemeinden mit wenigen psychischen Gesundheitsressourcen neigen Polizeibeamte jedoch manchmal dazu, eine psychisch kranke Person wegen eines Vergehens festzunehmen. Diese Praxis wird als „Gnadenbuchung“ bezeichnet. In vielen Gerichtsbarkeiten ist die psychiatrische Versorgung in Gefängnissen leichter zugänglich als in der Gemeinde. In diesen Gemeinden nehmen Polizisten, die sicherstellen wollen, dass eine psychisch kranke Person Hilfe erhält, wegen einer geringfügigen Straftat fest, um die erforderliche Versorgung zu erhalten.84

Abhängig von den Umständen und den verfügbaren Mitteln der Gemeinde kann eine psychisch kranke Person auch von der Polizei ins Krankenhaus eingeliefert werden. Eine Studie berichtete, dass Personen, die ins Krankenhaus eingeliefert werden, häufig suizidales Verhalten zeigen, eine Vorgeschichte von Gewalt haben, psychotrope Medikamente benötigen, eine Stimmungsstörung haben und eine Familienanamnese mit psychischen Erkrankungen haben.85 (Siehe Anlage 8-8.)

Mehrere institutionelle und rechtliche Faktoren wirken sich auf die Reaktion der Polizei aus. Erstens schränkt das Gesetz die Möglichkeit der Polizei ein, jemanden unfreiwillig in eine psychiatrische Einrichtung zu bringen. Eine Person kann nur begangen werden, wenn sie eine Gefahr für sich selbst oder für andere darstellt. Der Papierkram, der erforderlich ist, um diesen Standard zu erfüllen, hält Beamte davon ab, Personen zu verpflichten, außer in den extremsten Fällen.86

Zweitens sind die psychiatrischen Dienste stark fragmentiert und bestehen aus einer Vielzahl von Krankenhäusern, Obdachlosenunterkünften und Entgiftungseinrichtungen. Die meisten haben ihre eigenen Aufnahmekriterien und weigern sich, Personen aufzunehmen, die die Polizei zu ihnen bringt. In einigen Fällen gehen Polizisten von einer Behörde zur anderen und suchen nach einer, die die psychisch behinderte Person akzeptiert.

Alte Probleme/Neue Programme

Probleme, die sich aus der übermäßigen Abhängigkeit von Festnahmen und der Prävalenz von Gewaltanwendung bei Begegnungen mit psychisch Kranken ergaben, veranlassten eine Reihe von Polizeibehörden, spezielle Richtlinien, Personal und Verfahren zur Verbesserung der Polizei einzuführen

Reaktion auf psychisch kranke Menschen in Krisensituationen. Die Bemühungen der ersten Generation in den 1980er Jahren konzentrierten sich hauptsächlich auf die Offiziersausbildung. Heutzutage bieten fast alle Polizeibehörden ihren Rekruten zumindest einige Schulungen in Fragen der psychischen Gesundheit an. Allerdings ist die Zeit, die diesen Themen während der Ausbildung an der Akademie gewidmet wird, ziemlich begrenzt – normalerweise weniger als 6,5 Stunden – und die meisten Agenturen bieten weniger als eine Stunde berufsbegleitendes Training pro Jahr an, um auf Anrufe zur psychischen Gesundheit zu reagieren.87

Die Bemühungen der zweiten Generation in den 1990er Jahren zielten darauf ab, die Reaktion der Polizei auf Probleme mit psychisch Kranken durch spezialisiertere und gezieltere Maßnahmen zu

verbessern. Heute gibt etwa ein Drittel der großen Polizeidienststellen an, dass sie eine spezielle Reaktion auf Anrufe von psychisch Kranken haben. Diese spezialisierten Antworten fallen normalerweise unter eines von drei Modellen.88

Polizeibasierte spezialisierte Reaktion
Bei diesem Modell handelt es sich um vereidigte Offiziere, die über eine umfassende Ausbildung im Umgang mit Problemen psychisch Kranker verfügen. Diese Beamten sind verantwortlich für die Beantwortung von Dienstaufrufen, die psychisch Kranke betreffen, und dienen als Verbindungsperson zu den psychischen Gesundheitsbehörden.

Polizeigestützte spezialisierte Reaktion auf psychische Gesundheit
Dieses Modell beinhaltet den Einsatz von Psychologen und nicht vereidigten Beamten, die von der Polizei angestellt sind, um auf Probleme mit psychisch Kranken zu reagieren. Die Berufsgruppen für psychische Gesundheit beraten die Beamten vor Ort und telefonisch.

Psychisch-gesundheitsbasierte spezialisierte Reaktion auf psychische Gesundheit
Dieses Modell beinhaltet formelle Vereinbarungen und Vereinbarungen zwischen Polizeidienststellen und gemeindenahen Organisationen für psychische Gesundheit. Das Modell basiert auf dem Einsatz von Krisenteams für psychische Gesundheit (MCTs), die von Polizeibeamten entsandt werden, um den Bedürftigen vor Ort Dienste zu leisten.

Polizei für Menschen mit Aids
In den 1980er Jahren stellte das erworbene Immunschwächesyndrom (AIDS) die Polizei vor neue Probleme. Da Polizisten oft mit Menschen mit AIDS umgehen, besteht eine gewisse Ansteckungsgefahr. Das größte Risiko besteht darin, dass Polizisten mit Blut in Kontakt kommen. Obwohl HIV in Speichel oder „Spucke“ gefunden wurde, ist kein Fall bekannt, in dem sich ein Beamter durch Speichel mit AIDS infiziert hat. AIDS kann nicht durch kausalen Körperkontakt wie Berührung übertragen werden.89

Die Centers for Disease Control (CDC) schätzt, dass 413.924 Menschen in den Vereinigten Staaten mit HIV oder AIDS leben.90 Während die Ausbreitung der Krankheit im Allgemeinen zurückgegangen ist, hat sie in einigen Bevölkerungsgruppen, wie Minderheiten und Frauen, zugenommen. Während bisher keine Studien das Risiko einer HIV-Exposition für Polizeibeamte systematisch untersucht haben, zeigen neuere Untersuchungen zu HIV/AIDS bei Festgenommenen – einer Gruppe von Personen, mit denen die Polizei häufig Kontakt hat –, dass das Expositionspotenzial von Polizeibeamten höher ist als in vielen anderen Berufen. Dies ist weitgehend eine Folge der Verlagerung der Politik hin zu einer aggressiveren Durchsetzung von Drogenabhängigen. In den meisten Städten des Landes sind etwa 60 bis 70 Prozent der von der Polizei Festgenommenen gegenwärtig Drogenkonsumenten, von denen viele Injektionsdrogen konsumieren, wodurch sie einem höheren Risiko für eine HIV-Infektion ausgesetzt sind.91

Obwohl die Besorgnis unter Polizeibeamten über die Ansteckung mit AIDS groß ist, haben sich nur wenige Beamte mit der Krankheit infiziert. Eine Umfrage des FBI berichtet, dass sich zwischen 1981 und 1991 sieben Polizisten durch eine arbeitsbedingte Exposition mit HIV infiziert haben. Jüngste Untersuchungen der Centers for Disease Control (CDC) haben jedoch ergeben, dass sich in den Vereinigten Staaten noch nie ein einziger Beamter aufgrund einer arbeitsbedingten Exposition mit

HIV/AIDS infiziert hat.92

Flavin weist darauf hin, dass das Risiko, sich mit HIV/AIDS zu infizieren, für Polizisten zwar gering ist, aber eine einzigartige Bedrohung darstellt. Erstens wird HIV/AIDS durch eine kleine Mikrobe übertragen und nicht durch eine leicht beobachtbare Bedrohung wie eine Person oder eine Situation. Zweitens dauert es drei bis sechs Monate, bis ein Beamter HIV ausgesetzt ist, um festzustellen, ob er sich mit dem Virus infiziert hat oder nicht. Drittens ist HIV/Aids im Gegensatz zu den meisten Bedrohungen, denen die Polizei ausgesetzt ist, eine unheilbare und tödliche Krankheit.93 Aus Angst, sich mit HIV/Aids zu infizieren, zögern einige Beamte, medizinische Hilfe zu leisten. In einer Studie einer Polizeibehörde gaben 30 Prozent der Beamten an, dass sie es vermeiden, Menschen zu helfen, weil sie Angst haben, sich mit HIV/AIDS anzustecken.94 , wie das Tragen von Latexhandschuhen, wenn Sie jemandem helfen, der blutet. Vor diesem Hintergrund sind jedoch nicht immer Vorkehrungen möglich, so dass die Beamten manchmal keine Hilfe leisten und stattdessen darauf warten, dass medizinisches Personal sich um medizinische Probleme kümmert.95

Die Angst vor einer Ansteckung mit HIV/AIDS hat auch eine Reihe von Polizeibehörden dazu veranlasst, inoffiziell Aufzeichnungen über infizierte Personen zu führen. Wenn die Polizeibehörde einen Notruf erhält, benachrichtigt der Disponent den antwortenden Beamten, wenn die Person, mit der der Beamte in Kontakt kommt, HIV-positiv ist. Diese Praxis soll Beamte davor schützen, sich unwissentlich in Gefahr zu bringen. Die Sammlung solcher Informationen kann jedoch dazu führen, dass das Recht einer Person auf Privatsphäre verletzt wird. Menschen mit HIV/AIDS sind oft Vorurteilen und Diskriminierung ausgesetzt. In Kokomo, Indiana, verlor beispielsweise ein Kellner seine Stelle, weil ein Polizist der Restaurantleitung mitteilte, dass der Kellner HIV-positiv sei – Informationen, die der Polizist während seiner Arbeit erhalten hatte. Der Kellner verklagte später die Stadt Kokomo und erhielt 60.000 US-Dollar, und die Polizei wurde angewiesen, ihre Beamten in Fragen der Vertraulichkeit zu unterrichten.96

Ein Bericht des Justizministeriums empfahl, dass alle Strafverfolgungsbehörden ihre Beamten in Bezug auf HIV/AIDS aus- und weiterbilden und formelle Richtlinien für den Umgang mit HIV-positiven Personen bei routinemäßigen Begegnungen, Festnahmesituationen und polizeilichen Einsperrungen entwickeln.97 86 Prozent der staatlichen Polizeidienststellen bieten Rekruten während der Grundausbildung HIV/AIDS-Schulungen an, 78 Prozent bieten sie im Rahmen der berufsbegleitenden Ausbildung an.98 Fast die Hälfte aller Behörden ist verpflichtet, solche Schulungen anzubieten, um die gesetzlichen Anforderungen der Bundesstaaten zu erfüllen.

Polizeiliche Jugend

Jugendliche stellen eine besondere Problematik für die Polizei dar. Erstens hat die Polizei einen hohen Kontakt zu Personen unter 18 Jahren. Junge Menschen sind eher auf der Straße unterwegs als Erwachsene, wo sie von der Polizei beobachtet werden. Das „Abhängen“ an der Ecke oder das „Kreuzen“ im Auto führt oft zu Konflikten zwischen den Bürgern über die richtige Nutzung öffentlicher Räume.

Zweitens äußern junge Menschen durchweg negativere Einstellungen gegenüber der Polizei als ältere Menschen. In einer kürzlich durchgeführten Umfrage äußerten 72 Prozent der Personen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren eine positive Einstellung in Bezug auf die Fairness der Polizei,

verglichen mit 90 Prozent der Personen in der Altersgruppe der 40- bis 49-Jährigen.99

Drittens stellen Jugendliche einen bedeutenden Aspekt des Kriminalitätsproblems in den Vereinigten Staaten dar: 24,4 Prozent aller Verhaftungen wegen Indexkriminalität und 27,5 Prozent aller Verhaftungen wegen Eigentumsdelikten. Besonders häufig sind Jugendliche an drei Straftaten beteiligt: 50,2 Prozent aller Festnahmen wegen Brandstiftung, 37,6 Prozent aller Festnahmen durch Vandalismus und 26,5 Prozent aller Festnahmen von Kraftfahrzeugdiebstahl.100

Kontroverse um die Polizeirolle

Es gibt erhebliche Kontroversen über die richtige Rolle der Polizei gegenüber Jugendlichen. Einige Leute bevorzugen eine strikte Rolle der Strafverfolgungsbehörden und betonen die Festnahme von Straftätern. Andere bevorzugen eine kriminalpräventive Rolle und argumentieren, dass die Polizei den Schwerpunkt darauf legen sollte, gefährdeten jungen Menschen mit Beratung, Beratung und Alternativen zur Festnahme zu helfen.101 Aufgrund der zunehmenden Angst der Öffentlichkeit vor Kriminalität und insbesondere gewalttätiger Jugendkriminalität haben die Polizeidienststellen jedoch In den letzten Jahren wurde die Rolle der Strafverfolgungsbehörden stärker betont. Mit Ausnahme von Programmen wie D.A.R.E. (siehe S. 295-296) wurden traditionelle Kriminalpräventionsprogramme weniger betont.

Unsichere oder widersprüchliche Richtlinien der Abteilungen in Bezug auf Jugendliche führen häufig zu Rollenkonflikten bei Polizeibeamten auf der Straße. Ein Bericht über polizeiliche Jugendoperationen wies darauf hin, dass „Kriminalprävention als ‚Sozialarbeit' angesehen werden kann, eine Rolle, die die Polizei oft darin sieht, sich Zeit von ihrer Hauptaufgabe zu nehmen – der Festnahme von Kriminellen."102

Die Reaktion der Polizei auf Jugendliche wird durch widersprüchliche polizeiliche Zuständigkeiten erschwert. Der Fall von Kindern, die auf der Straße herumhängen, veranschaulicht das Problem. Einerseits wird von der Polizei erwartet, dass sie die Ordnung aufrechterhält. Zu diesem Zweck haben eine Reihe von Städten Ausgangssperren für Jugendliche und/oder Anordnungen zum Herumlungern von Banden erlassen. Gleichzeitig hat die Polizei jedoch die Verantwortung, die Rechte der Bürger zu respektieren. Jugendliche haben das Recht, sich öffentlich zu versammeln.

Spezialisierte Jugendabteilungen

Die meisten Polizeikontakte mit Jugendlichen sind auf zwei Einheiten innerhalb der Abteilung verteilt: Streifendienst und spezialisierte Jugendabteilungen. Streifenpolizisten haben im Rahmen ihres normalen Streifendienstes den meisten Kontakt zu Jugendlichen. Sie sehen und haben regelmäßig Kontakt zu Gruppen von Kindern, die an der Straßenecke herumhängen, Leuten, von denen sie vermuten, dass sie Gangmitglieder sind, und so weiter.

Die meisten großen Polizeidienststellen haben spezielle Jugendabteilungen. Sie werden oft mit Namen wie Jugendabteilung, Jugendabteilung oder Kriminalpräventionsbüro bezeichnet. Etwa 72 Prozent aller städtischen Polizeidienststellen verfügen über eine spezielle Jugendabteilung. Viele Abteilungen haben auch spezielle Abteilungen für Kindesmissbrauch und vermisste Kinder. Die D.A.R.E. (Drug Abuse Resistance Education) Programm, bei dem Polizisten in den Schulen Drogenaufklärung anbieten, erfreut sich großer Beliebtheit. Derzeit haben etwa 71 Prozent aller

Polizeidienststellen eine Sondereinheit für Drogenaufklärung in den Schulen.103

Zu den Aufgaben traditioneller Jugendabteilungen gehören in der Regel (1) die Untersuchung von Berichten über Jugendkriminalität, (2) die Festnahme von Straftätern, (3) die Vorbereitung von Fällen vor Gericht und (4) das Erscheinen vor Gericht. Einige Jugendabteilungen haben jedoch auch andere Aufgaben. Zum Beispiel ist die Jugendabteilung der Polizei von Ross, Pennsylvania, nicht nur für die Untersuchung von kriminellem Verhalten von Jugendlichen und die Bearbeitung von Fällen verantwortlich, sondern auch für (1) die Untersuchung von Straftaten gegen Kinder, einschließlich Missbrauch, Vernachlässigung oder Ausbeutung; (2) als Verbindungsperson zu Jugendgerichten (z. B. Gerichten und Bewährungshilfe) und Schulen zu fungieren; und (3) Führung aller Jugendakten innerhalb der Polizeibehörde.104 Spezialisierte Jugendeinheiten kümmern sich normalerweise nicht um Bandenprobleme. Diese Probleme werden oft von einer spezialisierten Bandeneinheit gelöst.

Funktionieren die Jugendschutzgesetze?
Heute gelten in 80 Prozent der Großstädte (Städte ab 100.000 Einwohnern) und 75 Prozent der Mittelstädte (Städte mit 10.000 bis 100.000 Einwohnern) Ausgangssperren für Jugendliche. Diese Gesetze sollen die Möglichkeit für Jugendliche verringern, Straftaten zu begehen, indem ihnen der Aufenthalt in öffentlichen Bereichen abends und nachts untersagt wird, es sei denn, sie werden von einem Erwachsenen begleitet. Die Idee dahinter ist, dass Gesetze zur Ausgangssperre zu einer Verringerung der Kriminalität führen werden, indem der Zugang junger Menschen zu kriminellen Umgebungen verringert und die elterliche Aufsicht verstärkt wird. Untersuchungen haben jedoch ergeben, dass Ausgangssperrengesetze bei der Verringerung der Kriminalität unwirksam sind. Die meisten Untersuchungen haben ergeben, dass die Gesetze zur Ausgangssperre keinen Einfluss auf Viktimisierung oder Verhaftungen von Jugendlichen haben oder dass die Kriminalität in Zeiträume verschoben wird, die nicht von den Gesetzen zur Ausgangssperre betroffen sind Diese Ergebnisse werfen mehrere Fragen auf, die berücksichtigt werden müssen:

1. Warum sind diese Gesetze beliebt?
   2. Warum sind diese Gesetze unwirksam?
   3. Gibt es in Ihrer Stadt ein Ausgangssperrengesetz? Wenn ja, wie viele Jugendliche werden jährlich wegen eines Verstoßes gegen die Ausgangssperre festgenommen?

‚K. Michael Reynolds, Ruth Seydlitz und Pamela Jenkins, „Do Juvenile Curfew Laws Work? A Time-Series Analysis of the New Orleans Law“, Justice Quarterly 17, No. 1 (2000): S. 205-30.

Begegnungen auf der Straße
In ihrer historischen Studie zu Polizeibegegnungen mit Jugendlichen fanden Black und Reiss heraus, dass 72 Prozent aller Begegnungen zwischen Polizei und Jugendlichen durch einen Telefonanruf initiiert wurden. Beamte knüpfen offenbar etwas häufiger Kontakte zu Jugendlichen (28 Prozent aller Kontakte) als zu Erwachsenen.105 Dies liegt daran, dass junge Menschen häufiger auf der Straße sind als Erwachsene, und die Polizei mehr Jugendliche als kriminelle Verdächtige zu betrachten.

Wie bei allen anderen polizeilichen Tätigkeiten üben die Beamten im Umgang mit Jugendlichen auf der Straße große Diskretion aus. Die alternativen Polizeireaktionen umfassen Folgendes.106

1. Keine offiziellen Maßnahmen ergreifen. Dies ist das häufigste Ergebnis. Wie bei häuslichen Streitigkeiten und vermeintlich psychisch gestörten Menschen, erledigt die Polizei Situationen informell, hauptsächlich durch Gespräche mit Menschen. Reden kann Beratung, Warnung, Schlichtung von Streitigkeiten oder einfach nur Zuhören beinhalten.
   In vielen Fällen wird keine Festnahme vorgenommen, obwohl ausreichende rechtliche Gründe für eine Festnahme vorliegen.
   2. Einen Jugendlichen in Gewahrsam nehmen, ihn aber einem Elternteil oder Vormund überlassen. Schätzungsweise 30 Prozent aller in Gewahrsam genommenen Jugendlichen werden auf diese Weise freigelassen.107
   3. Den Jugendlichen in Gewahrsam nehmen und ihn einer anderen Strafverfolgungs- oder Sozialbehörde übergeben. Etwa 3 Prozent aller in Gewahrsam genommenen Jugendlichen werden auf diese Weise freigelassen.108
   4. Festnahme des Jugendlichen und Verweisung an das Jugendgericht. Etwa zwei Drittel aller in Gewahrsam genommenen Jugendlichen werden an das Jugendgericht verwiesen. Einige (etwa 7 Prozent der Gesamtzahl) werden als Erwachsene an ein Strafgericht verwiesen.109D

Das Ermessen bei der Festnahme von Jugendlichen wird von denselben situativen Faktoren beeinflusst, die auch die Begegnungen mit Erwachsenen beeinflussen. Zu diesen Faktoren gehören die Schwere der Straftat, die Präferenz des Opfers oder der beschwerdeführenden Partei, die Beziehung zwischen Beschwerdeführer und Verdächtiger und das Verhalten des Verdächtigen.110

Das Thema Rassendiskriminierung

Die Polizei nimmt anteilig weit mehr afroamerikanische Jugendliche als Weiße fest. Für diese Diskrepanz sind mehrere Faktoren verantwortlich. Erstens weisen Polizeibehörden im Allgemeinen mehr Streifenpolizisten in Minderheitenviertel als in weißen Vierteln zu und beobachten folglich häufiger Jugendliche aus Minderheiten.111

Zweitens werden Jugendliche aus Minderheiten häufiger angehalten und befragt als Weiße. Viele rassistische Profiling-Studien haben ergeben, dass Jugendliche aus Minderheiten angehalten, durchsucht und ihre Fahrzeuge mit Raten durchsucht werden, die in keinem Verhältnis zu ihrer Anwesenheit in bestimmten Vierteln stehen.112

Drittens hängt die rassische Ungleichheit bei Festnahmen mit anderen Faktoren zusammen, die die Festnahmeentscheidungen beeinflussen. Black und Reiss fanden heraus, dass die höhere Verhaftungsrate zum großen Teil durch eine stärkere Beteiligung der Afroamerikaner an schweren Verbrechen erklärt wurde. Als die Schwere der mutmaßlichen Straftat kontrolliert wurde, wurden Schwarze und Weiße mit ähnlichen Raten festgenommen.113 Lundman stellte unterdessen fest, dass schwarze Erwachsene eher die Polizei bitten, den Verdächtigen zu verhaften, als weiße Erwachsene. Da es sich bei den meisten Beschwerdeführern um verdächtige Situationen innerhalb der Rasse handelt, werden schwarze Jugendliche häufiger festgenommen.114 Smith, Visher und Davidson stellten in einer Studie über Festnahmen von Personen jeden Alters fest, dass die Polizei etwas häufiger festnimmt, wenn das Opfer weiß eher als Afroamerikaner. Andere Studien haben

auch gezeigt, dass die Polizei einen Jugendlichen eher festnimmt, wenn ein Erwachsener der Beschwerdeführer ist.115

Das Verhalten des Verdächtigen beeinflusst auch die Entscheidungen der Polizei. In getrennten Studien fanden Black und Reiss sowie Piliavin und Briar heraus, dass afroamerikanische Jugendliche häufiger Feindseligkeit gegenüber der Polizei äußerten als Weiße und infolgedessen häufiger verhaftet wurden. Piliavin und Briar beschrieben das Phänomen als die „selbsterfüllenden Konsequenzen der ursprünglichen Einstellung und des Verhaltens der Polizei gegenüber schwarzen Jugendlichen“. Die Polizei erwartet von schwarzen Jugendlichen, dass sie sich häufiger an Gesetzesverstößen beteiligen, sie anhalten und häufiger verhören und in der Folge den Eindruck von Belästigung erzeugen und feindseligere Reaktionen hervorrufen.116 David Klinger hat jedoch neue Fragen zur Rolle der Verhalten bei Festnahmen, mit der Begründung, dass diese früheren Studien nicht das feindselige Verhalten kontrollierten, das nach der Festnahme auftrat und daher die Festnahme selbst nicht beeinflusst haben konnte.117

Kriminalpräventionsprogramme

Die Bemühungen der Polizei zur Kriminalprävention umfassten traditionell Programme, die darauf abzielten, Jugendliche durch Bildung, Beratung oder Vorbildfunktion von kriminellen Aktivitäten abzuhalten. Die Grundidee ist, dass sich die Polizei nicht als Gesetzeshüter, sondern als Freunde und Helfer präsentiert. Heute ist es nicht ungewöhnlich, dass eine Polizeidienststelle im Rahmen ihrer Präventionsbemühungen mehrere jugendorientierte Programme koordiniert. Beispiele hierfür sind Sportligen der Polizei, Mitternachtsbasketball, Wildnisclubs sowie Entdecker- und Mentorenprogramme. Einige aktuelle Kriminalpräventionsprogramme sind Teil der Gemeindepolizei. Nach diesem Modell arbeiten Polizeibehörden daran, die Kapazitäten der Nachbarschaften zur Verhinderung von Kriminalität aufzubauen. Dies wird oft durch die Polizeibehörde erreicht, die kommunale und soziale Einrichtungen koordiniert, um sich auf Jugendliche und Nachbarschaften zu konzentrieren, die dem höchsten Risiko für Kriminalität ausgesetzt sind. Mit anderen Worten, die Polizei fungiert als Vermittler sozialer Dienste, um sicherzustellen, dass diejenigen, die am meisten Hilfe benötigen, die Möglichkeit haben, diese zu erhalten.118

Die beliebtesten aktuellen Kriminalpräventionsprogramme sind D.A.R.E. und G.R.E.A.T., die versuchen, Drogenkonsum, Kriminalität und Bandenbeteiligung und -aktivität zu verhindern. Diese Strategien zur Kriminalprävention werden in Kapitel 9 behandelt.

Fallstudie

Westminster, Kalifornien, SHIELD-Programm des Polizeidepartements

Das SHIELD-Programm wurde entwickelt, um zwei Hauptziele zu erreichen. Erstens verwendet es die Kontakte, die Polizeibeamte im Rahmen ihrer normalen Pflichten herstellen, um Jugendliche zu identifizieren, von denen sie glauben, dass sie in gewalttätiges Verhalten, Drogenmissbrauch und Bandenaktivitäten verwickelt werden. Als gefährdete Jugendliche werden diejenigen identifiziert, die familiären Risikofaktoren wie häuslicher Gewalt und anderen kriminellen Aktivitäten zu Hause ausgesetzt sind. Zweitens bietet SHIELD Jugendlichen Dienstleistungen an, die auf ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnitten sind, indem ein multidisziplinäres Team von Vertretern der Gemeinde, Schulen und Dienststellen eingesetzt wird.

Der primäre Mechanismus, der diese Ziele unterstützt, ist der Jugendempfehlungsprozess. Zu Beginn des SHIELD-Programms erhielten alle Beamten in Westminster im Rahmen des Protokolls für die Überweisung von Jugendlichen die folgenden Anweisungen.

Das Polizeipersonal ist verpflichtet, den Namen, das Alter und die besuchte Schule von minderjährigen Jugendlichen zu erfahren, die in einem Heim leben, in dem eine Anzeige über die folgenden polizeilichen Aktivitäten erstattet wird: Gewalt in der Familie jeglicher Art, Vernachlässigung oder Verlassenheit, Bandenaktivitäten, Drogenverkauf oder -konsum , Festnahmen im Zusammenhang mit Alkoholmissbrauch oder andere Dienstaufrufe, bei denen das Wohlergehen minderjähriger Jugendlicher durch das Verhalten älterer Geschwister oder Erwachsener, die in der Wohnung leben oder häufig dort leben, gefährdet ist.

Immer wenn ein Beamter auf einen Vorfall reagiert oder eine Festnahme vornimmt, erstellt er oder sie einen Standardbericht, um die Einzelheiten des Kontakts zu dokumentieren. Wenn der Beamte feststellt, dass ein Jugendlicher Risikofaktoren ausgesetzt war, markiert er ein Kästchen im Polizeibericht und leitet eine vollständige Kopie des Berichts über die Abteilungskanäle an den SHIELD-Ressourcenbeauftragten (SRO) weiter.

Nach Erhalt einer Meldung übernimmt die SRO die Verantwortung für die Verwaltung des SHIELD-Programms und überprüft den Fall, um festzustellen, ob die Umstände die Jugendlichen für eine SHIELD-Intervention geeignet machen. In der Anfangsphase des Programms verwendete die SRO lediglich die familiären Risikofaktoren, die im Jugendüberweisungsprotokoll vermerkt waren, um zu überprüfen, ob der Berichterstatter einen Jugendlichen aus der Zielpopulation korrekt identifiziert hatte. Diese Instrumente werden verwendet, um den Screening-Prozess zu stärken und den Zugang zu Diensten basierend auf dem Risikoniveau der einzelnen Jugendlichen zu priorisieren. Die Instrumente zur Risikobewertung ermöglichen es der SRO, Jugendliche in Kategorien mit niedrigem, mittlerem oder hohem Risiko sowohl für allgemeine Kriminalität als auch für Bandenbeteiligungen einzustufen.

Hält die SRO einen Fall für angemessen für eine SHIELD-Intervention, erstellt sie einen Schülerempfehlungsbericht, der eine kurze Zusammenfassung des Vorfalls in Bezug auf den Jugendlichen, demografische Informationen über den Jugendlichen und seine Familie, Kontaktinformationen für die Eltern und Informationen aus der Bewertung von Risiko- und Schutzfaktoren. Die SRO schickt dann den Schülerempfehlungsbericht an das Jugend- und Familienteam. Zu diesem multidisziplinären Team gehören Beamte des örtlichen Schulbezirks, wie der Schulpersonalverwalter, die Bezirkskrankenschwester, ein Spezialist für Drogenprävention und Schulleiter; Beratungspersonal von einem kommunalen Dienstleister; ein Bezirkssozialarbeiter; der Erholungsbeauftragte der Westminster Community Services; die SRO; und ein zweiter Offizier, der früher der Aufklärung über Drogenmissbrauch (D.A.R.E.) zugeteilt war. Über die Kerngruppe der Mitglieder hinaus, die an regelmäßigen wöchentlichen Treffen teilnehmen, kann das Team weitere Mitglieder einladen, wie Lehrer und Schulberater, die mit einem bestimmten Jugendlichen vertraut sind. Die Weitergabe vertraulicher Informationen an ein solches multidisziplinäres Team zur Verwendung bei der Prävention und Intervention ist durch die Wohlfahrts- und Institutionenkodexe des Staates Kalifornien, Abschnitte 827-830, genehmigt.

Wenn sie den Überweisungsbericht erhalten, prüfen die Mitglieder des Ressourcenteams für Jugend und Familie eine Reihe von schulischen und gemeindebasierten Behandlungsoptionen und geben Behandlungsempfehlungen ab. Behandlungsempfehlungen werden jedoch oft durch Informationen ergänzt, die über den ursprünglichen Überweisungsbericht des Schülers hinausgehen. Mit den Jugendlichen vertraute Teammitglieder liefern häufig zusätzliche Informationen, die es dem Team ermöglichen, die Umstände der Jugendlichen besser zu verstehen. Dieser Informationsaustausch führt zu besser informierten Behandlungsempfehlungen, als dies von einer allein arbeitenden Agentur oder einem alleinigen Leistungserbringer möglich wäre.

Abhängig von der Empfehlung kann die Behandlung die Zustimmung der Eltern erfordern oder nicht. Empfiehlt das Jugend- und Familienressourcenteam beispielsweise, dass ein Jugendlicher eine individuelle Beratung durch einen kommunalen Behandlungsanbieter erhält, ist im Allgemeinen die Zustimmung der Eltern erforderlich. In Fällen, in denen das Team jedoch eine informelle schulische Überwachung der Jugendlichen empfiehlt, ist keine Zustimmung der Eltern erforderlich. Behandlungsanbieter wie Schulberater und gemeindenahe Dienstleister sind im Allgemeinen dafür verantwortlich, die Zustimmung der Eltern einzuholen, wenn dies erforderlich ist. In den frühen Phasen des Programms waren die Behandlungsanbieter auch dafür verantwortlich, die Eltern über die Überweisung ihres Kindes an das SHIELD-Programm zu informieren. Einige Eltern waren verärgert, als sie erfuhren, dass die Polizei ihr Kind an das Programm verwiesen hatte. Da viele Jugendliche in diesem Programm häuslicher Gewalt ausgesetzt sind, kann der Elternteil, der in der Lage ist, einer Behandlung zuzustimmen, auch derjenige sein, der die Risikofaktoren zu Hause geschaffen oder überhaupt erst existieren ließ. Daher ist der Prozess der Einholung der Zustimmung der Eltern oft heikel. Als Reaktion auf dieses Problem wendet sich die SRO nun direkt an die Eltern, wenn ihr Kind an das Programm verwiesen wird. Bei diesem Kontakt beschreibt die SRO das Programm und geht auf allfällige Fragen und Anliegen der Eltern ein. Die SRO unternimmt zwei Versuche, telefonisch mit einem Elternteil in Kontakt zu treten, und wird nur dann auf einen Brief zurückgreifen, wenn diese beiden Versuche erfolglos bleiben. In einigen Fällen macht die SRO Hausbesuche. Das Jugend- und Familienressourcenteam bewertet die Behandlungsempfehlungen und den Fortschritt jedes Jugendlichen drei Wochen nach der ersten Empfehlung neu. Während ein Jugendlicher an der Behandlung beteiligt ist, senden die Leistungserbringer monatliche Fortschrittsberichte an die SHIELD-Mitarbeiter der Polizei von Westminster. Diese Berichte ermöglichen eine fortlaufende Verfolgung und Neubewertung der für die Programmjugend bereitgestellten Dienste.

Es sei darauf hingewiesen, dass SHIELD auf Dienste angewiesen ist, die bereits in der Community vorhanden sind. Das Programm arbeitet eng mit allen örtlichen Schulen und dem örtlichen Boys & Girls Club zusammen. Im ersten Jahr des Programms erhielten 60 Prozent der Jugendlichen, die an SHIELD überwiesen wurden, Dienste in irgendeiner Form. Sowohl in der Schule als auch in der Gemeinde wurden häufig Einzel- und Gruppenberatungen eingesetzt. Die in der Beratung behandelten Themen variierten je nach den Umständen des einzelnen Jugendlichen, aber gemeinsame Themen waren Wutbewältigung, Zielsetzung, Schwangerschaftsprävention, Konfliktlösung und andere Bewältigungsstrategien. In einigen Fällen waren die Behandlungspläne für Jugendliche spezialisierter. Zum Beispiel war ein Jugendlicher, der in der Vergangenheit an Drogen beteiligt war und familiärer Gewalt ausgesetzt war, als Assistenzlehrer für ein Sommerprogramm zur Drogenprävention tätig und erhielt individuelle Beratung in Bezug auf das Setzen und Erreichen von Zielen.

Auch ein informelles schulisches Monitoring ist häufig in Behandlungsplänen enthalten. Die informelle Überwachung kann in Verbindung mit einer anderen Behandlung oder als eigenständige Behandlung eingesetzt werden, wenn der Jugendliche in Verbindung mit vielen Schutzfaktoren ein geringes Risiko aufweist oder die Zustimmung der Eltern zu einer intensiveren Behandlung nicht erteilt wird. Wenn Lehrer und Administratoren sich der Risikofaktoren bewusst sind, denen ein Schüler außerhalb des Klassenzimmers ausgesetzt ist, und diesen Schüler aktiv überwachen, ist es wahrscheinlicher, dass sie frühe Anzeichen von problematischem Verhalten, Missbrauch oder Vernachlässigung erkennen und darauf reagieren.

Quelle: Das Obige wurde von Phelan Wyrick, Low Enforcement Referrol of At-Risk Youth: The SHIELD Progrom (Washington DC: Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention, 2000) übernommen.

Zusammenfassung

Ordnungserhaltung und Friedenssicherung sind aus dem einfachen Grund ein wichtiger Teil der Polizeiarbeit, weil die meisten Dienstaufrufe in diese Kategorie fallen. Wie die Polizei auf diese Anrufe reagiert, wirft die grundlegenden Fragen zur Polizeirolle auf, die wir in Kapitel I diskutiert haben. Wie denken wir über die Polizei? Was wollen wir von ihnen?

Traditionell betrachteten Polizisten Anrufe zur Auftragswartung als Müll und Sozialarbeit und legten einen höheren Wert auf die Kriminalitätsbekämpfung. Die meisten Experten argumentieren heute jedoch, dass die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Wahrung des Friedens ein zentraler Aspekt von Polizei. Community Policing, problemorientiertes Policing und Zero-Tolerance Policing legen großen Wert auf den Umgang mit nicht-kriminellen Problemen. Viele Situationen der Auftragserhaltung betreffen zudem spezielle Bevölkerungsgruppen: Obdachlose, Geisteskranke, Jugendliche. Betrachtet man die Polizei im Sinne von Herman Goldstein als allgemeine Serviceeinrichtung, die der Öffentlichkeit ein breites Spektrum an Dienstleistungen bietet, wird es für Polizeibehörden wichtig, spezielle Programme und Verfahren zu entwickeln, um den Umgang mit diesen Problemsituationen zu verbessern.119

Schlüsselbegriffe

Ordnungspflege, 237 Kriminalpräventionsmodell, 237 Polizeiwissensmodell, 237 Sozialarbeitsmodell, 237 Gemeinschaftskooperation
Modell, 237
Gegenstanzen, 238
Häusliche Störungen, 243 Häusliche Gewalt, 244 Minneapolis Häusliche Gewalt
Experiment, 247
Verbrechen des Lasters, 251 Straßengänger, 252 Barmädchen, 252
Aufsteckspindeln, 252
Bordellprostituierte, 252
Callgirls, 252
Lautenberg-Änderung, 253
Obdachlosenproblem, 254
psychiatrische Erste Hilfe, 256
Gnadenbuchung, 256

Zur Diskussion

1. Beschreiben Sie vier Gründe, warum die Öffentlichkeit in Situationen, in denen es sich nicht um eine Straftat handelt, die Polizei ruft.
2. Erklären Sie kurz, warum die Zahl der Todesfälle durch Trunkenheit am Steuer in den letzten 50 Jahren zurückgegangen ist.
3. Erklären Sie, wie sich die Richtlinien zu häuslicher Gewalt in den lokalen Polizeidienststellen in den Vereinigten Staaten entwickelt haben.
4. Diskutieren Sie die Forschungsergebnisse zu den Auswirkungen einer Zwangshaft wegen häuslicher Gewalt.
5. Erklären Sie den Unterschied zwischen Streetwalkern und Callgirls und besprechen Sie, wie sich beide auf die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Friedenssicherung auswirken könnten.

Internet-Übungen

Übung 1 Rufen Sie die Website http://www.usat day auf. com/educate/college/firstyear/articles/20060226. htm, um mehr über die persönlichen Entscheidungen der Polizei von New Orleans während des Hurrikans Katrina zu erfahren. Besprechen Sie in der Klasse, was Sie über Polizisten denken, die ihre Arbeit aufgegeben haben, um sich um ihre Familienmitglieder zu kümmern, und was die Polizei getan hätte, um das Problem anzugehen, bevor es passierte.

Übung 2 Besuchen Sie die Website http://www. ojp.usdoj.gov/ovw. Auf dieser Seite finden Sie eine Reihe von Ressourcen zum Thema häusliche Gewalt.

Übung 3 Die National Task Force on Prostitution (NTFP) wurde 1979 als Dachorganisation für Prostituierte und Prostituierte-Rechte-Organisationen in verschiedenen Teilen der Vereinigten Staaten gegründet. 1994 wurde sein Zweck erweitert, um Organisationen und Einzelpersonen einzubeziehen, die sich für die Rechte von Prostituierten und anderen Sexarbeitern einsetzen. Besuchen Sie die Website http://w5vw.bayswan.org/NTFP.html, um mehr über die Aktivitäten der Organisation zu erfahren. Besprechen Sie in der Klasse, was Sie über die Organisation und ihre möglichen Auswirkungen auf Gemeinschaften und Prostitution als Beruf denken.

Anmerkungen

1. Peter E. Finn und Monique Sullivan, Police Response to Special Populations (Washington, DC: Government Printing Office, 1988).
2. David Bayley, Polizei für die Zukunft (New York: Oxford University Press, 1994).
3. Stephen Mastrofski, „The Police and Non-Crime Services“, in G. Whitaker und C. Phillips, Hrsg., Evaluation the Performance of Criminal Justice Agencies (Beverly Hills, CA: Sage, 1983), S. 44-47.
4. Charles M. Katz, Vincent Webb und David Schaefer, „An Assessment of the Impact of Quality of Life Policing on C ime and Disorder“, Justice Quarterly 18 (4) (2001): S. 826-76.
5. Ebenda.
6. Egon Bitiner, „Florence Nightingale in Pursuit of Willie Sutton: A Theory of the Police“, in Herbert Jacob, Hrsg., The Potential for Reform of Criminal Justice (Beverly Hills, CA: Sage, 1974), S. 1-25.
7. Samuel Walker, Popular Justice: A History of American Criminal Justice, 2. Aufl. (New York: Oxford University Press, 1998), S. 165-67.
8. John C. Meyer, „Patterns of Reporting Noncriminal Incidents to the Police“, Criminology 12 (Mai 1974): S. 70-83.
9. David H. Bayley und James Garofalo, „The Management of Violence by Police Patrol Officers“. Criminology’ll (Februar 1989): S. 1-25.
10. Stephen D. Mastrofski, Jeffrey B. Snipes und Anne E. Supina, „Compliance on Demand: The

Public's Response to Specific Requests", Journal of Research in Crime and Delinquency 33 (August 1996): S. 269-305; John McCluskey , Stephen Mastrofski und Roger Parks, „Einwilligen oder rebellieren: Vorhersage der Einhaltung von polizeilichen Anforderungen durch die Bürger." Police Quarterly 2, Nr. 4 (1999): S. 389-416.

11. Bureau of Justice Statistics, Kontakte zwischen Polizei und Öffentlichkeit, 2002 (Washington, DC: Government Printing Office, 2005).

12. Ebenda.

13. Iliya Lichtenberg und Alisa Smith, „Wie gefährlich sind routinemäßige Verkehrskontrollen von Polizei und Bürgern?" Journal of Criminal Justice 29 (2001): S. 419-28.

14. Arizona Criminal Justice Commission, Crime and the Criminal Justice System in Arizona, Das Weißbuch von 2003 (Phoenix: Arizona Criminal Justice Commission, 2003).

fünfzehn. James Q. Wilson, Varieties of Police Behavior (New York: Atheneum, 1973), S. 95-99.

16. Ebenda.

17. Alexander Weiss und Sally Freels, „The Effects of Aggressive Policing: The Dayton Traffic Enforcement Experiment", American Journal of Police XV, Nr. 3 (1996): S. 45-64.

18. Ebenda.

19. James B. Jacobs. Trunkenheit am Steuer: Ein amerikanisches Dilemma (Chicago: University of Chicago Press, 1989); H. Laurence Ross, Konfrontation mit Trunkenheit am Steuer: Sozialpolitik zur Rettung von Leben (New Haven, CT: Yale University Press, 1992).

20. Ross, Konfrontation mit Trunkenheit am Steuer.

21. Ross, Konfrontation mit betrunkenem Fahren-, Jacobs, betrunkenes Fahren.

22. Ebenda.

23. Eric J. Scott, Calls for Service: Citizen Demand and Initial Police Response (Washington, DC: Government Printing Office, 1981); Craig D. Uchida, Laure Brooks und Christopher S. Köpers, „Danger to Police during Domestic Encounters: Assaults on Baltimore County Police, 1984-1986", Criminal Justice Policy Review 2 (1987):
S. 357-71.

24. Jeffrey Fagan, The Criminalization of Domestic Violence: Promises and Limits (Washington, DC: Government Printing Office, 1996); Lawrence W. Sherman. Polizeigewalt bei häuslicher Gewalt: Experimente und Dilemmata (New York: The Free Press, 1992).

25. Lawrence Sherman, Polizeigewalt bei häuslicher Gewalt (New York: Free Press, 1992).

26. Sherman Catalano, Criminal Victimization 2004 (Washington, DC: Bureau of Justice Statistics, 2005).

27. Murray A. Straus und Richard J. Gelles, Physische Gewalt in amerikanischen Familien: Risikofaktoren und Anpassung an Gewalt in 8.145 Familien (New Brunswick, NJ: Transaktion, 1990).

28. Rennison, Partnergewalt, 1993-2001; Catalano, kriminelle Viktimisierung, 2005.

29. Callie Rennison und Susan Welchans, Intimate Partner Violence (Washington, DC: Bureau of Justice Statistics, 2003).

30. Franklyn W. Dunford, David Huizinga und Delbert S. Elliot, „The Role of Arrest in Domestic Assault: The Omaha Police Experiment", Criminology 28 (Mai 1990): S. 183-206. Einige dieser Daten erscheinen im unveröffentlichten technischen Bericht.

31. Rennison und Welchans, Intime Partnergewalt.

32. Schwarz, „Streitbeilegung durch die Polizei", S. 125-26.

33. Richard Felson, Steven Messner, Anthony Hoskin und Glenn Deane, „Gründe für die Meldung und Nichtmeldung häuslicher Gewalt an die Polizei", Criminology 40, 30 (2002): S. 617-47.

34. Dunford. Huizinga und Elliott, „Die Rolle der Festnahme bei häuslichen Angriffen".

35. Gelles und Straus. Intime Gewalt, p. 104.
36. Mastrofski, Snipes und Supina, „Compliance on Demand“.
37. Ebd., S. 181.
38. Dunford, Huizinga und Elliott, „Die Rolle der Festnahme bei häuslichen Angriffen“.
39. Lynette Feder, „Polizeiliche Behandlung von Anrufen wegen häuslicher Gewalt: Ein Überblick und weitere Ermittlungen“, Women and Criminal Justice 10, 2 (1999): S. 49-68.
40. Dana Jones und Joanne Belknap, „Police Responses to Battering in a Progressive Pro-Arrest Jurisdiction“, Justice Quarterly 16, 2 (1999): S. 249-74.
41. Sherman, Polizeiliche Häusliche Gewalt, 1992.
42. Albert Reiss, The Police and the Public (New Haven, CT: Yale University Press, 1971), S. 14.
43. Lieben, auf Missbrauch von Ehepartnern und Schlägen von Ehefrauen reagieren: Ein Leitfaden für die Polizei; Laurie Woods, „Litigation on Behalf of Battered Women“, Women’s Rights Law Reporter 5 (Herbst 1978): S. 7-34.
44. Lieben, auf Missbrauch durch Ehepartner und Schläge der Ehefrau reagieren.
45. Samuel Walker, Taming the System: The Control of Discretion in Criminal Justice, 1950-1990 (New York: Oxford University Press. 1993).
46. Lawrence W. Sherman und Richard A. Berk, „The Specific Deterrent Effect of Arrest for Domestic Assault“, American Sociological Review 49, No. 2 (1984): S. 261-272; Sherman, Policing Domestic Violence, S. 91-96.
47. Sherman, Polizeigewalt bei häuslicher Gewalt, p. 110.
48. Bureau of Justice Statistics, Strafverfolgungsmanagement und Verwaltungsstatistik, 2000 (Washington, DC: Government Printing Office, 2004).
49. Patrick R. Gartin, „Untersuchung der unterschiedlichen Offizierseffekte im Experiment zu häuslicher Gewalt in Minneapolis“, American Journal of Police 14, Nr. % (1995): S. 93-110.
50. Richard E. Lempert, „From the Editor“, Law and Society Review 18, No. 4 (1984): S. 505-513; Lawrence W. Sherman und Ellen Cohn, „The Impact of Research on Legal Policy: The Minneapolis Domestic Violence Experiment“, Law and Society Review 23, No. 1 (1989): S. 117-144; Richard Lempert, „Demut als Tugend: Zur Veröffentlichung politikrelevanter Forschung“, Law and Society’ Review 23, Nr. 1 (1989): S. 145-161; Sherman, Policing Domestic Violence, S. 92-124.
51. University of Maryland, Kriminalprävention (Washington, DC: Government Printing Office, 1997), Kap. 8.
52. Lawrence Sherman, Janell Schmidt und Dennis Rogan, Policing Domestic Violence: Experiments and Dilemmas (New York: Free Press, 1992).
53. M. Martin, „Double Your Trouble: Dual Arrest in Family Violence“, Journal of Family Violence 12, No. 2 (1997): S. 139-57.
54. Susan L. Miller, „Unbeabsichtigte Nebenwirkungen von ProArrest-Richtlinien und ihre Auswirkungen auf Rasse und Klasse für misshandelte Frauen: Ein Warnhinweis“
Hinweis“, Criminal Justice Policy Review 3, Nr. 3 (1989): S. 299-317.
55. National Institute of Justice, Evaluation of Family Violence Training Programs (Washington, DC: Government Printing Office, 1995).
56. Joan Zorza, „The Criminal Law of Misdemeanor Domestic Violence, 1970-1990“, Journal of Criminal Law and Criminology 83 (1992): S. 240-79.
57. Barbara J. Hart. Staatsgesetze zu häuslicher Gewalt (Reno, NV: Nationaler Rat der Richter des Jugend- und Familiengerichts, 1992); Eve Buzawa und Carl Buzawa, Domestic Violence: The Criminal Justice Response (Newbury Park, CA: Sage, 1990), S. 110-35.
58. Fagan. Die Kriminalisierung häuslicher Gewalt, p. 1.
59. Sherman, Polizeigewalt bei häuslicher Gewalt, p. 253.

60. Robert F. Meier und Gilbert Geis, Verbrechen ohne Opfer? (Los Angeles: Roxbury, 1997).
61. Terance Miethe und Richard McCorkle, Crime Profiles: The Anatomy of Dangerous Persons, Places and Situations (Los Angeles: Roxbury, 2001).
62. Ebenda.
63. Ebenda.
64. Ebenda.
65. Mindy Fullilove, Anne Lown und Robert Lullilove, „Crack Hos and Skeezers“, Journal of Sex Research 29, 2 (1992): S. 275-287.
66. Miethe und McCorkle, Crime Profiles: The Anatomy of Dangerous Persons, Places, and Situations, S. 223-226.
67. Ebenda.
68. Egon Bittner, „The Police on Skid Row: A Study of Peacekeeping“, in Bittner, Aspects of Police Work (Boston: Northeastern University Press, 1990),
S. 30-62.
69. LaFave, „Arrest to Control the Prostitute“, in Arrest, S. 450-64. Frederique Delacoste und Priscilla Alexander. Sexarbeit (San Francisco: Cleis Press) 1998: Michael Scott. Straßenprostitution (Washington, DC: Government Printing Office, 2002).
70. LaFave, „Verhaftung, um die Prostituierte zu kontrollieren“.
71. Christopher Jcncks, The Homeless (Cambridge, MA: Harvard University Press, 1994).
72. „Neuentwicklungspläne können in Skid Row hem“, New York Times (23. Oktober 1997), S. 1.
73. George L. Kelling und Catherine M. Coles, Reparatur kaputter Fenster (New York: The Free Press, 1996).
74. Colleen Cosgrove und Anne Grant, National Survey of Municipal Police Departments on Urban Quality of Life Initiatives, in Problem Oriented Policing, Tara O’Connor Shelley und Anne Grant, Hrsg. (Washington, DC: PERF, 1998).
75. David Snow und Leon Anderson, Down on Their Luck (Berkeley, CA: University of California Press, 1993).
76. Martha R. Plotkin und Ortwin A. Narr, The Police Response to the Homeless: A Status Report (Washington, DC: Police Executive Research Forum, 1993), Anhang, C-85-C-116.
77. Judy Hails und Randy Borum, „Polizeitraining und spezielle Ansätze zur Reaktion auf Menschen mit psychischen Erkrankungen“, Crime and Delinquency 49, 1 (2003): S. 52-61.
78. Elizabeth Biebel und Gary Cordner, „Repeat Calls for People with Mental Illness: An Application of Hot Spot Analysis“, Police Forum 13,3 (Juli 2003): S. 1-3.
79. Robert Panzarella und Justin Alicea, „Polizeitaktiken bei Vorfällen mit psychisch gestörten Personen“, Policing: International Journal of Police Strategies and Management 20, Nr. 2 (1997): S. 339-56.
80. Ebenda.
81. M. Pogrebin, „Police Responses for Mental Health Assistance“, Psychiatric Quarterly 58, No. 1 (198687): S. 66-73.
82. Richard Lamb, Linda Weinberger und Walter DeCuir, „The Police and Mental Health“, Psychiatric Services 53, 10 (2002): S. 1266-71.
83. Ebenda.
84. Ebenda.
85. Robert Redondo und Glenn Currier, „Eigenschaften von Patienten, die von der Polizei an einen psychiatrischen Notdienst überwiesen werden“, Psychiatric Services 54, 6 (2003): S. 804-6.
86. Lamb, Weinberger und DeCuir, „Die Polizei und die psychische Gesundheit“.

87. Judy Hails und Randy Borum, „Polizeiausbildung und spezielle Ansätze zur Reaktion auf Menschen mit psychischen Erkrankungen“.
88. Ebenda.
89. Gesundheitsministerium von Minnesota. Facts of AIDS: A Law Enforcement Guide (Minneapolis, MN: Gesundheitsministerium, Juli 2003).
90. CDC-NCHSTP-DHAP: HIV/AIDS Surveillance Report, Vol. 2, No. 12, Nr. 1. http://www.cdc.gov/hiv/stats/hasrl 201/table 1 .htm
91. National Institute of Justice, Annualisierte Site Reports, 2002 (Washington, DC: National Institute of Justice, 2003).
92. R. Alan Thompson und James Marquart, „Reaktionen der Strafverfolgungsbehörden zur HIV/AIDS-Epidemie“, Policing: An International Journal of Police Strategies and Management 21, No. 4 (1998): S. 648-65; Jeanne Flavin, „Polizei und HIV/AIDS: Das Risiko, die Realität, die Reaktion“, American Journal of Criminal Justice 23, Nr. 1 (1998): S. 33-58.
93. Flavin, „Polizei und HIV/AIDS: Das Risiko, die Realität, die Reaktion“.
94. C. Herlitz und B. Brorsson, „Facing AIDS: Reactions between Police Officers, Nurses and the General Public in Sweden“, Social Science Medicine 30 (1990): S. 913-18.
95. Flavin, „Polizei und HIV/AIDS: Das Risiko, die Realität, die Reaktion“.
96. Ebenda.
97. Theodore M. Hammett, AIDS and the Law Enforcement Officer: Concerns and Policy Responses.
98. Terry Edwards und Richard Tewksbury. „HIV/AIDS: State Police Training Practices and Personal Policies“, American Journal of Police 15, Nr. 1 (1996): S. 45-62.
99. WS Wilson Huang und Michael S. Vaughn, „Support and Confidence: Public Attitudes to the Police“, in Timothy J. Flanagan und Dennis R. Longmire, Hrsg., Americans View Crime and Justice: A National Public Opinion Survey (Newbury Park, CA: Sage Publications, 1996), p. 40.
100. Bureau of Justice Statistics, Sourcebook of Criminal Justice Statistics – 2004 (Washington, DC: Government Printing Office, 2005).
101. Nationales Institut für Jugendgerichtsbarkeit und Kriminalprävention, Polizei-Jugend-Operationen: Eine vergleichende Analyse von Standards und Praktiken, vol. 2 (Washington, DC: Government Printing Office, oJ), S. 3-10.
102. National Institute for Juvenile Justice, PolizeiJuvenile Operations, vol. 2, s. 3.
103. Bureau of Justice Statistics, Strafverfolgungsmanagement und Verwaltungsstatistik, 2000 (Washington, DC: Government Printing Office, 2004).
104. Siehe http://trfn.clpgh.org/rosspd.
105. Donald Black und Albert J. Reiss, „Police Control of Juveniles“, American Sociological Review 35 (Februar 1970): S. 63-77.
106. Angepasst von Amt für Jugendgerichtsbarkeit und Kriminalprävention, Polizei-Juvenile Operations, vol. 2, s. 57
107. OJJDP, Juvenile Offenders and Victims: A National Report (Washington, DC: Government Printing Office, 1995).
108. Ebenda.
109. Ebenda.
110. Black und Reiss, „Polizeiliche Kontrolle von Jugendlichen“.
111. Samuel Walker, Cassia Spohn und Miriam DeLone, Die Farbe der Gerechtigkeit, 2. CD. (Belmont, CA: Wadsworth. 2000), Kap. 4.
112. McMahon, J., Gamer, J., Davis, R. und Kraus, A., Wie man Racial Profiling-Daten korrekt sammelt und analysiert (Washington, DC: Government Printing Office, 2002).

113. Black und Reiss, „Polizeiliche Kontrolle von Jugendlichen“.
114. Richard J. Lundman, „Police Control of Juveniles: A Replication“, Journal of Research in Crime and Delinquency 15 (1978): S. 74-91.
115. Douglas A. Smith, Christy A. Visher und Laura A. Davidson, „Equity and Discretionary Justice: The Influence of Arrest on Police Arrest Decisions“, Journal of Criminal Law and Criminology 75 (Frühjahr 1984): S. 234-49.
116. Carl Werthman und Irving Piliavin, „Gang Members and the Police“, in David J. Bordua, Hrsg., The Police: Six Sociological Essays (New York: Jorn Riley, 1968), S. 58-59.
117. David Klinger, „Demeanor or Crime?: Why ‚Hostile‘ Citizens Are More Likely to Be Arrested“, Criminology 32 (1994): S. 475-93.
118. Gordon Bazemore und Scott Senjo, „Police Encounters with Juveniles Revisited“, Policing: An International Journal of Police Strategies and Management 20, 1 (1997): S. 60-82
119. Goldstein, Überwachung einer freien Gesellschaft.

Revision #1
Created 8 August 2025 22:25:30 by investigatione
Updated 8 August 2025 22:48:56 by investigatione